

WENN'S WIRKLICH WICHTIG IST,
DANN LIEBER MIT DER POST.



JAHRESABSCHLUSS 2014
ÖSTERREICHISCHE POST AG
EINZELABSCHLUSS NACH ÖSTERREICHISCHEM UGB

ELECTRONIC COPY



ANLAGENVERZEICHNIS

Bilanz zum 31. Dezember 2014	1
Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2014	2
Anhang für das Geschäftsjahr 2014	3
Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014	4

ELECTRONIC COPY



BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2014

Aktiva	31.12.2013	31.12.2014
	TEUR	EUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	17.815	14.878.375,35
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremdem Grund	214.947	223.077.407,94
2. technische Anlagen und Maschinen	39.003	58.445.423,03
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	107.795	106.439.467,90
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	29.339	12.650.200,90
	391.084	400.612.499,77
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	556.416	499.068.939,89
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	41.829	12.484.252,55
3. Beteiligungen	6.742	8.255.257,90
4. Wertpapiere (Wertrechte) des Anlagevermögens	78.721	65.724.060,48
	683.707	585.532.510,82
	1.092.607	1.001.023.385,94
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Hilfs- und Betriebsstoffe	4.659	4.646.747,59
2. Waren	11.256	10.834.527,83
	15.915	15.481.275,42
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	167.739	152.491.286,67
2. Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	69.832	64.328.559,18
3. Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	894	439.987,14
4. sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	21.314	82.102.318,84
	259.780	299.362.151,83
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	213.446	243.529.454,02
	489.141	558.372.881,27
C. Rechnungsabgrenzungsposten	28.897	27.564.714,33
	1.610.644	1.586.950.981,54



Anlage 1/2

Passiva	31.12.2013	31.12.2014
	TEUR	EUR
A. Eigenkapital		
I. Grundkapital	337.763	337.763.190,00
II. Kapitalrücklagen		
1. gebundene	12.237	12.236.810,00
2. nicht gebundene	118.300	118.299.759,74
III. Gewinnrücklagen		
1. gesetzliche Rücklage	35.000	35.000.000,00
2. andere Rücklagen (freie Rücklagen)	15.000	15.000.000,00
IV. Bilanzgewinn		
davon Gewinnvortrag: EUR 60.462.931,68; Vorjahr: TEUR 11.533	188.813	168.619.529,80
	707.113	686.919.289,54
B. Unversteuerte Rücklagen		
1. Bewertungsreserve auf Grund von Sonderabschreibungen	15.379	15.047.082,19
C. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Abfertigungen	85.423	101.966.000,00
2. Steuerrückstellungen	13.404	17.748.200,00
3. sonstige Rückstellungen	494.673	478.591.410,00
	593.500	598.305.610,00
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6.750	6.750.070,25
2. erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	77	40.126,13
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	137.176	130.986.895,35
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	70.494	45.389.917,13
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2.308	2.948.710,94
6. sonstige Verbindlichkeiten	73.193	80.963.649,38
davon aus Steuern: EUR 30.040.487,60; Vorjahr: TEUR 25.512		
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 22.138.760,82; Vorjahr: TEUR 20.640		
	289.998	267.079.369,18
E. Rechnungsabgrenzungsposten	4.655	19.609.630,63
	1.610.644	1.586.960.981,54
Haftungsverhältnisse	87.657	94.811.941,10



GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2014

	2013 TEUR	2014 EUR
1. Umsatzerlöse	1.668.725	1.659.841.865,95
2. aktivierte Eigenleistungen	561	853.717,24
3. sonstige betriebliche Erträge		
a) Erträge aus dem Abgang vom Anlagevermögen mit Ausnahme der Finanzanlagen	5.592	3.057.586,72
b) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	11.446	9.435.814,44
c) übrige	116.405	75.263.234,36
4. Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Leistungen		
a) Materialaufwand	-60.109	-54.033.002,96
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-254.902	-255.131.599,72
5. Personalaufwand		
a) Gehälter	-719.883	-737.978.135,87
b) Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeiter-Vorsorgekassen	-28.279	-39.900.902,42
c) Aufwendungen für Altersversorgung	-168	-207.280,72
d) Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	-197.518	-206.967.448,47
e) Sonstige Sozialaufwendungen	-8.023	-8.323.256,45
6. Abschreibungen auf immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-59.416	-62.898.416,28
davon außerplanmäßige Abschreibungen auf das Anlagevermögen gemäß § 204 Abs. 2 UGB: EUR 2.310.199,46; (Vorjahr: TEUR 0)		
7. sonstige betriebliche Aufwendungen		
a) Steuern, soweit nicht vom Einkommen und Ertrag	-5.912	-6.512.684,73
b) übrige	-222.925	-212.046.066,83
8. Zwischensumme aus Z 1 bis 7 (Betriebsergebnis)	245.595	184.453.424,28
9. Erträge aus Beteiligungen	27.125	29.757.445,17
davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 29.066.037,76; Vorjahr: TEUR 26.198		
10. Erträge aus anderen Wertpapieren des Finanzanlagevermögens	626	814.109,14
11. sonstige Zinserträge	3.805	3.673.282,16
davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 1.379.517,64; Vorjahr: TEUR 1.710		
12. Erträge aus dem Abgang von und der Zuschreibung zu Finanzanlagen	0	18.764.617,60
davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 18.761.517,60; Vorjahr: TEUR 0		
13. Aufwendungen aus Finanzanlagen	-59.372	-75.920.338,72
davon Abschreibungen: EUR 75.575.278,00; Vorjahr: TEUR 51.600 davon Aufwendungen aus verbundenen Unternehmen: EUR 75.920.338,72 Vorjahr: TEUR 59.370		
14. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2.206	-743.008,92
davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 49.692,37; Vorjahr: TEUR 1.227		
15. Zwischensumme aus Z 9 bis 14 (Finanzergebnis)	-30.021	-23.653.893,57
16. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	215.573	140.799.530,69
17. Verschmelzungsgewinn	0	13.103.583,04
18. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-38.661	-46.078.070,93
19. Jahresüberschuss	176.913	107.825.042,80
20. Auflösung unversteuerter Rücklagen	367	331.555,32
21. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	11.533	60.462.931,68
22. Bilanzgewinn	188.813	168.619.529,80



ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2014

Inhaltsverzeichnis

1. Grundsätzliche Ausführungen	7
2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	8
2.1 Allgemeine Angaben	8
2.2 Anlagevermögen	8
2.3 Umlaufvermögen	9
2.4 Rückstellungen	10
2.5 Verbindlichkeiten	12
2.6 Steuerliche Verhältnisse	13
3. Erläuterungen zur Bilanz	14
3.1 Anlagevermögen	14
3.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	17
3.3 Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	17
3.4 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	17
3.5 Eigenkapital	18
3.6 Unversteuerte Rücklagen	18
3.7 Rückstellungen	19
3.8 Verbindlichkeiten	20
3.9 Passive Rechnungsabgrenzungsposten	20
3.10 Sonstige Angaben	21
4. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	24
4.1 Umsatzerlöse	24
4.2 Sonstige betriebliche Erträge	24
4.3 Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Leistungen	24
4.4 Personalaufwand	24
4.5 Aufwendungen für Abfertigungen und für Altersversorgung	25
4.6 Sonstige betriebliche Aufwendungen	25
4.7 Erträge aus Beteiligungen	26
4.8 Erträge aus dem Abgang von und der Zuschreibung zu Finanzanlagen	26
4.9 Aufwendungen aus Finanzanlagen	27
4.10 Verschmelzungsgewinn	27
4.11 Steuern vom Einkommen	28
5. Risikomanagement	29
6. Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats	31
Bestätigungsvermerk	33



1. Grundsätzliche Ausführungen

Die Österreichische Post AG und ihre Tochtergesellschaften sind Logistik- und Dienstleistungsunternehmen im Brief- und Paketbereich. Zu den Geschäftsbereichen der Österreichischen Post AG zählen die Erbringung von Leistungen des Brief- und Paketdienstes sowie die Abwicklung von Finanzdienstleistungen in Kooperation mit der BAWAG P.S.K.

Der Sitz der Österreichischen Post AG befindet sich in Wien, Österreich. Die Anschrift lautet Österreichische Post AG, Haidingergasse 1, 1030 Wien. Die Gesellschaft ist in das Firmenbuch beim Handelsgericht Wien zu FN 180219d eingetragen.

Die Österreichische Post AG ist ein konsolidierungspflichtiges Mutterunternehmen im Sinne des § 244 UGB und stellt gemäß § 245a Abs. 1 UGB ihren Konzernabschluss nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) auf.

ELECTRONIC COPY

2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

2.1 Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 wurde nach den Rechnungslegungsvorschriften des österreichischen Unternehmensgesetzbuches (UGB) in der geltenden Fassung, unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung sowie der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens zu vermitteln, aufgestellt.

Der Jahresabschluss wurde in Euro aufgestellt. Alle Beträge sind, sofern nichts anderes angeführt ist, in tausend Euro (TEUR) angegeben. Bei Summierung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben können durch Verwendung automatisierter Rechenhilfen rundungsbedingte Rechendifferenzen auftreten.

Für die Erstellung des Jahresabschlusses wurde der Grundsatz der Vollständigkeit eingehalten. Bei der Bewertung wurde der Grundsatz der Einzelbewertung beachtet und eine Fortführung des Unternehmens unterstellt.

Dem Vorsichtsprinzip wurde Rechnung getragen, indem nur die am Abschlussstichtag verwirklichten Gewinne ausgewiesen wurden. Alle erkennbaren Risiken und drohenden Verluste wurden berücksichtigt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

2.2 Anlagevermögen

Immaterielle Vermögensgegenstände und **Sachanlagen** werden mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt. Außerplanmäßige Abschreibungen werden bei voraussichtlich dauernder Wertminderung durchgeführt.

Die planmäßigen Abschreibungen werden linear unter Zugrundelegung folgender Nutzungsdauern und Abschreibungssätze berechnet:

	Nutzungsdauer in Jahren	Abschreibungssatz in %
Immaterielle Vermögensgegenstände	3-10	10-33
Gebäude	10-50	2-10
Technische Anlagen und Maschinen	8-10	10-12,5
Fuhrpark	4-8	12,5-25
EDV- technische Ausstattung	3-5	20-33,3
Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	5-20	5-20



Für Zugänge des 1. Halbjahres wird die volle Jahresabschreibung, für Zugänge des 2. Halbjahres die halbe Jahresabschreibung angesetzt.

Geringwertige Vermögensgegenstände gemäß § 13 EStG werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben. In der Entwicklung des Anlagevermögens werden sie als Zu- und Abgang sowie Abschreibung des Geschäftsjahres ausgewiesen.

Finanzanlagen werden zu Anschaffungskosten bewertet. Außerplanmäßige Abschreibungen werden vorgenommen, wenn der beizulegende Wert zum Abschlussstichtag niedriger ist und die Wertminderungen voraussichtlich von Dauer sind.

Ausleihungen werden zu Anschaffungskosten bewertet. Sofern sie unverzinslich sind, werden sie mit dem am Bilanzstichtag geltenden Zinssatz abgezinst und mit dem Barwert angesetzt.

2.3 Umlaufvermögen

Die Bewertung der **Vorräte** erfolgt zu Anschaffungs- und Herstellungskosten unter Beachtung des Niederstwertprinzips. Die Bestandswertermittlung wird in einem ersten Schritt nach dem gleitenden Durchschnittspreisverfahren durchgeführt. Der zweite Schritt der Bewertung umfasst eine gegebenenfalls erforderliche Abwertung auf einen zum Bilanzstichtag unter dem Durchschnittspreis liegenden niedrigeren Einkaufspreis. Der letzte Bewertungsschritt berücksichtigt die Gängigkeit der Vorräte. Nach Maßgabe der Umschlaghäufigkeit werden, wenn nötig, vom Bestandswert entsprechende Abschläge (bis zu 100%) vorgenommen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden mit dem Nennwert bewertet, soweit nicht im Fall erkennbarer Einzelrisiken, der niedrigere beizulegende Wert angesetzt wird. Zur Berücksichtigung allgemeiner Kreditrisiken bestehen pauschal ermittelte Wertberichtigungen. Soweit erforderlich, wird eine spätere Fälligkeit von Forderungen durch Abzinsung berücksichtigt.

Die **liquiden Mittel** sind zum Nennwert angesetzt.

Fremdwährungsforderungen gegenüber Drittländern werden mit dem Entstehungskurs oder mit dem niedrigeren Devisengeldkurs des Bilanzstichtages angesetzt. Die Forderungen aus dem internationalen Postverkehr werden großteils in Euro bzw. mit Drittländern in Sonderziehungsrechten abgerechnet. Die Bewertung der Sonderziehungsrechte erfolgt zum Referenzkurs des International Monetary Fund zum Bilanzstichtag.



2.4 Rückstellungen

Rückstellungen für Abfertigungen werden für gesetzliche und vertragliche Ansprüche von Angestellten gebildet. Die Rückstellung wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Zugrundelegung der Vorschriften der international Financial Reporting Standards (IAS 19) berechnet. Die Bewertung erfolgt nach der Methode der laufenden Einmalprämien (Projected Unit Credit Method) unter Zugrundelegung eines gesetzlichen Pensionsantrittsalters von 60 bis 65 Jahren für weibliche und von 65 Jahren für männliche Angestellte unter Berücksichtigung der Übergangsbestimmungen gemäß Pensionsharmonisierungsgesetz 2003 und der schrittweisen Anhebung des Regelpensionsalters für Frauen. Für Beamte wurde mangels Anspruch keine Abfertigungsrückstellung gebildet.

Folgende Parameter wurden der Berechnung zu Grunde gelegt:

	2013	2014
Rechnungszinssatz	3,5%	2,0%
Gehaltssteigerung	3,5%	3,0%
Fluktuationsabschlag (gestaffelt)	2-8%	0,5% - 1,75%

Für Dienstnehmer, deren Dienstverhältnis nach dem 31. Dezember 2002 begonnen hat, werden die Abfertigungspflichten durch die laufende Entrichtung entsprechender Beiträge an die Mitarbeiter-vorsorgekasse abgegolten.

Rückstellungen für den Abfertigungen ähnliche Verpflichtungen werden für **Jubiläumsgelder** gebildet. Die Berechnung erfolgt analog dem Verfahren für die Abfertigungsrückstellung nach der Methode der laufenden Einmalprämien (Projected Unit Credit Method).

Folgende Parameter wurden der Berechnung zu Grunde gelegt:

	2013	2014
Rechnungszinssatz	3,5%	2,0%
Gehaltssteigerung	3,5%	3,0%
Fluktuationsabschlag (gestaffelt)	2-8%	6,75% - 23%

Die **übrigen Rückstellungen** werden in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet und berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und der Höhe nach noch nicht feststehende Verbindlichkeiten. Sie umfassen im Wesentlichen Vorsorgen für Personal, für noch nicht konsumierte Urlaube, Unterauslastungen, Verpflichtungen für Personalanpassungsmaßnahmen und sonstige ungewisse Verbindlichkeiten.

Rückstellungen für Unterauslastung werden für künftige Personalaufwendungen von unkündbaren Mitarbeitern (vor allem beamtete Mitarbeiter) gebildet, die im Rahmen des laufenden Post-internen Organisationsprozesses zur Anpassung an die sich ändernden Marktbedingungen ihren Arbeitsplatz verlieren und im Unternehmen nicht mehr oder nur mehr in einem untergeordneten Ausmaß zur Leistungserbringung eingesetzt werden können. Bei diesen Dienstverhältnissen handelt es sich um belastende Verträge, bei denen die unvermeidbaren Kosten zur Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen höher sind als der erwartete wirtschaftliche Nutzen. Die Berechnung des Rückstellungsbetrags erfolgt als Barwert der bis zur Pensionierung der jeweiligen Mitarbeiter anfallenden Aufwendungen unter Ansatz eines einheitlichen durchschnittlichen Unterauslastungsgrades sowie eines Fluktuationsabschlages. Sofern unkündbare Mitarbeiter mangels Einsatzmöglichkeit im Unternehmen zu nicht kostendeckenden Konditionen an externe Unternehmen verleast werden, erfolgt die Ermittlung der Rückstellung unter Ansatz der prozentuellen Kostenunterdeckung. Sämtliche Parameter werden laufend evaluiert und an sich ändernde Verhältnisse angepasst.

Für beamtete Mitarbeiter die sich in einem Verfahren zur Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit befinden, werden für noch zu erbringende Leistungen Vorsorgen gebildet. Die Ermittlung der Rückstellung erfolgt als Barwert der noch zu erbringenden Leistungen für den Zeitraum der erwarteten durchschnittlichen Verfahrensdauern.



Der Barwert der einzelnen Rückstellungen wird unter Ansatz eines Abzinsungssatzes und der erwarteten Gehaltssteigerung ermittelt.

Folgende Parameter wurden bei der Berechnung der Rückstellungen zu Grunde gelegt:

	2013	2014
Rechnungszinssatz	3,5%	0,75% - 1,5%
Gehaltssteigerung	3,5%	2,75%

Die Änderung der Parameter führte zu einem negativen Bewertungseffekt von TEUR 19.350, der in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den Personalaufwendungen erfasst wurde.

Die Rückstellung für Unterauslastung enthält weiters Vorsorgen für Mitarbeiter die sich im Programm zum möglichen Ressortwechsel in verschiedene Bundesministerien befinden. Im Oktober 2013 wurde eine entsprechende Rahmenvereinbarung mit dem Bund zum möglichen Ressortwechsel von Post-Mitarbeitern in verschiedene Bundesministerien abgeschlossen. Dabei werden Ansprüche für Mitarbeiter, die einem Wechsel bereits zugestimmt haben, für einen bestimmten festgelegten Zeitraum übernommen und entsprechend rückgestellt.

Anrechnung von Vordienstzeiten für beamtete Mitarbeiter

Mit Entscheid vom 11. November 2014 (Rechtssache Schmitzer) hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) nach Vorlage durch den österreichischen Verwaltungsgerichtshof (VwGH) festgestellt, dass die im Jahr 2010 gesetzlich festgelegte Methodik zur Beseitigung der Altersdiskriminierungen im Gehaltssystem der Bundesbediensteten nicht geeignet ist, das Problem der Altersdiskriminierung zu lösen und das Gehaltssystem als solches damit weiterhin gegen das unionsrechtliche Verbot der Altersdiskriminierung verstößt. Diese Aussage des EuGH hätte zu einer rückwirkenden Neu-Gehaltseinstufung der betroffenen Mitarbeiter seitens der Österreichischen Post AG führen können, wobei für die zum 31. Dezember 2014 anhängigen Verfahren festzuhalten ist, dass der VwGH noch keine abschließende Entscheidung erlassen hat und zum Bilanzstichtag nicht fest stand, wie die Dienstbehörde das geltende nationale Recht konkret unionsrechtskonform auszulegen hatte, insbesondere ob die unionsrechtskonforme Auslegung zu höheren oder geringeren Gehaltsansprüchen führen würde. Vor diesem Hintergrund war zu prüfen, ob für die zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2014 laufenden Verfahren infolge der Entscheidung des EuGH vom 11. November 2014 eine Rückstellung zu bilden war. In der Beurteilung der Frage, ob eine Verpflichtung besteht, sind sämtliche Hinweise inklusive von Ereignissen, die nach dem Bilanzstichtag entstanden sind, zu berücksichtigen.

Nachdem die Thematik der Anrechnung von Vordienstzeiten nicht nur die der Österreichischen Post AG zugeteilten Beamten, sondern alle Beamten des Bundes betraf, hat der österreichische Nationalrat reagiert und bereits mit 21. Jänner 2015 eine umfassende Reform des Besoldungssystems des Bundes vorgenommen. Das entsprechende Bundesgesetz ist mit 12. Februar 2015 in Kraft getreten. Mit der nun vorliegenden Reform wird ein neues Gehaltssystem implementiert, das keinerlei Abhängigkeiten vom Lebensalter eines Beamten mehr enthält. Alle aktiven Beamten – so auch die der Österreichischen Post AG zugeteilten – werden in dieses neue System auf gesetzlicher Basis übergeleitet. Der Hauptkritikpunkt des EuGH, nämlich dass das Besoldungssystem der österreichischen Beamten die Diskriminierung auch zukünftig fortschreibe, ist aufgegriffen und umfassend beseitigt worden. Mit Inkrafttreten der Dienstrechtsreform wurde auch ausdrücklich bestimmt, dass jene Bestimmungen des zum 31. Dezember 2014 gültigen Gehaltsgesetzes, auf die die Beamten ihre Neuberechnung des Vorrückungstichtages stützen, in früheren Fassungen in laufenden und künftigen Verfahren nicht mehr anzuwenden sind. Damit ergibt sich für die Österreichische Post AG, dass zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2014 für die laufenden Anträge der aktiven Beamten keine Rückstellung zu bilden war.

Für beamtete Mitarbeiter, die möglicherweise der beschlossenen Dienstrechtsreform nicht unterliegen, wurde für drohende Gehaltsnachzahlungen eine Rückstellung in Höhe von TEUR 5.333 EUR gebildet.



2.5 Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Rückzahlungsbetrag unter Bedachtnahme auf den Grundsatz der Vorsicht angesetzt. Fremdwährungsverbindlichkeiten gegenüber Drittländern werden mit ihrem Entstehungskurs oder mit dem höheren Devisenbriefkurs zum Bilanzstichtag bewertet. Verbindlichkeiten aus dem internationalen Postverkehr werden großteils in Euro bzw. mit Drittländern in Sonderziehungsrechten abgerechnet. Die Bewertung der Sonderziehungsrechte erfolgt zum Bilanzstichtag mit dem Referenzkurs des International Monetary Fund.

ELECTRONIC COPY



2.6 Steuerliche Verhältnisse

Umsatzsteuer

Umfang der Umsatzsteuerbefreiung

In der Europäischen Union stellen die Postdienste ein wesentliches Instrument für Kommunikation und Informationsaustausch dar und spielen eine grundlegende Rolle im Rahmen der Zielsetzungen des sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalts in der Union. Um diese Zielsetzung zu erreichen, werden die Mitgliedsstaaten verpflichtet, einen Universaldienst sicherzustellen, der ständig flächendeckend postalische Dienstleistungen einer bestimmten Qualität zu tragbaren Preisen für alle Nutzer bietet.

Aus diesem Grund sind gemäß Artikel 132 der EU-Richtlinie über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem (2006/112/EG) dem Gemeinwohl dienende Tätigkeiten (und somit auch von öffentlichen Posteinrichtungen ausgeführten Dienstleistungen) steuerfrei. Das Urteil des EuGH (C-357/07) konkretisiert den Begriff „öffentliche Posteinrichtungen“ und schränkt die Umsatzsteuerbefreiung auf Leistungen ein, die ein Betreiber von Universaldienstleistungen als solcher ausführt.

Durch die Verpflichtung, diese Regelungen in die nationale Rechtslage zu übernehmen, wurde im österreichischen Umsatzsteuergesetz mit Wirkung 1. Jänner 2011 festgeschrieben, dass nur mehr Universaldienstleistungen (v.a. Briefe bis 2 kg und Pakete bis 10 kg) eines Universaldienstbetreibers umsatzsteuerfrei sind (§ 6 Abs 1 Z 10 lit b UStG). Vom Universaldienst ausdrücklich ausgenommen und daher auch von der o.g. Umsatzsteuerbefreiung sind jedoch Postsendungen, die bei Verteilzentren aufgeliefert werden. Dies gilt auch für Leistungen, deren Bedingungen individuell ausgehandelt worden sind.

Pro-rata-Satz

Der Leistungsumfang der Österreichischen Post AG umfasst Produkte und Dienstleistungen, die gemäß Umsatzsteuergesetz (UStG) sowohl steuerfrei (v.a. Universaldienstleistungen sowie die Vermittlung von Bankdienstleistungen) als auch steuerpflichtig (restliche Produkte) behandelt werden. Können Aufwendungen nicht exakt einem Umsatz zugeordnet werden, so kommt beim Vorsteuerabzug der sogenannte Pro-rata-Satz zur Anwendung. Dieser stellt die Relation der steuerpflichtigen Umsätze zu den gesamten Umsätzen dar und betrug im Jahr 2014 49,8% (2013: 48,7%).

Steuern vom Einkommen

Die Österreichische Post AG als Gruppenträger bildet mit mehreren Tochtergesellschaften eine Unternehmensgruppe i.S.d. § 9 KStG. Das Vorliegen einer Unternehmensgruppe bewirkt, dass die steuerlichen Ergebnisse der Gruppenmitglieder der Österreichischen Post AG zugerechnet werden. Eine unternehmensrechtliche Zuweisung der Ergebnisse erfolgt nicht.

Innerhalb der Unternehmensgruppe erfolgt ein Ausgleich der steuerlichen Mehr- oder Minderbelastung des Gruppenträgers durch die Verrechnung positiver und negativer Steuerumlagen. Positive Steuerumlagen sind Ausgleichszahlungen der Gruppenmitglieder an den Gruppenträger aufgrund der Überrechnung der positiven Ergebnisse. Negative Steuerumlagen sind als Ausgleich für die Überrechnung negativer Ergebnisse vom Gruppenträger an die Gruppenmitglieder zu leisten.



3. Erläuterungen zur Bilanz

3.1 Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens und die Aufgliederung der Abschreibung des Geschäftsjahres sind im Anlagespiegel (Beilage A) dargestellt.

In den Sachanlagen ist bei den Grundstücken der Österreichischen Post AG ein Grundwert von TEUR 77.020 (31.12.2013: TEUR 77.490) enthalten.

Im Geschäftsjahr 2014 wurden außerplanmäßige Abschreibungen von immateriellen Vermögensgegenständen und Sachanlagevermögen in Höhe von TEUR 2.310 (2013: TEUR 0) vorgenommen.

Das Finanzanlagevermögen wurde in Höhe von TEUR 75.575 (2013: TEUR 51.600) außerplanmäßig abgeschrieben:

Im Geschäftsjahr 2014 wurde die Beteiligung an der Post 201 Beteiligungs GmbH im Zusammenhang mit der transo-flex Gruppe Deutschland mit TEUR 74.983 (2013: TEUR 33.769) und die Beteiligung an der Post 103 Beteiligungs GmbH in Höhe von TEUR 592 (2013: TEUR 407) außerplanmäßig abgeschrieben. Im Geschäftsjahr 2013 wurden darüber hinaus die Beteiligung an der Post 105 Beteiligungs GmbH im Zusammenhang mit der MEILLERGHP GmbH, Deutschland mit TEUR 12.152 und die Beteiligung an der Post 101 Beteiligungs GmbH ausschüttungsbedingt mit TEUR 5.272 außerplanmäßig abgeschrieben.

Weiters erfolgten in 2014 Zuschreibungen an der Beteiligung Post 101 Beteiligungs GmbH mit TEUR 3.296 und an der Beteiligung Post 105 Beteiligungs GmbH mit TEUR 3.000.

Da die Emittenten der in den Wertpapieren des Anlagevermögens ausgewiesenen Schuldinstrumente weiterhin ein gutes Bonitätsrating aufweisen und die Kursrückgänge nicht auf finanzielle Schwierigkeiten der Emittenten, sowie auf Verringerung zukünftiger Cashflows oder auf Ausfälle von Zins- und Tilgungszahlungen schließen lassen, ist eine dauerhafte Wertminderung nicht anzunehmen. Außerplanmäßige Abschreibungen gemäß § 204 Abs.2 zweiter Satz UGB unterbleiben daher. Der Buchwert der in den Wertpapieren des Anlagevermögens ausgewiesenen Schuldinstrumente beträgt TEUR 53.512 (31.12.2013: TEUR 66.509); der beizulegende Zeitwert beläuft sich auf TEUR 52.867 (31.12.2013: TEUR 64.705).



Anlage 3

Beteiligungen der Österreichischen Post AG

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil	Eigenkapital	Jahres-
	zum 31.12.2014 %	zum 31.12.2014 TEUR	ergebnis 2014 TEUR
Anteile an verbundenen Unternehmen			
Austrian Post International Deutschland GmbH, Bonn**)	100	3.636	2.122
feibra GmbH, Wien**)	100	10.572	8.401
Medien.Zustell GmbH, Wien**)	100	3.996	3.366
Neutorgasse 7 Projektentwicklungs AG & CO OG***)	100	12.912	-111
Post & Co Vermietungs OG, Wien***)	100	140.519	3.059
Post 001 Finanzierungs GmbH, Wien	100	32.421	1.270
Post 101 Beteiligungs GmbH, Wien	100	9.327	3.302
Post 103 Beteiligungs GmbH, Wien	100	62.871	4.573
Post 105 Beteiligungs GmbH, Wien	100	-11	-10
Post 201 Beteiligungs GmbH, Wien	100	86.329	-73.884
Post 203 Beteiligungs GmbH, Wien**)	100	61.399	6.292
Post 205 Beteiligungs GmbH, Wien	100	50.092	89
Post Immobilien GmbH, Wien**)	100	1.352	23
Post.Wertlogistik GmbH, Wien	100	4.435	232
Systemlogistik Distribution GmbH, Wien**)	100	1.920	-134
Anteile an assoziierten Unternehmen			
ADELHEID/AEP			
ADELHEID GmbH, Berlin	45,35	16.322	-7
AEP GmbH, Alzenau	45,35	1.233	-8.282
media.at GmbH, Wien*)	20,45	3.935	3.380
OMNITEC informationstechnologie-Systemservice GmbH, Wien	50	388	1

*) Jahresabschluss zum 30.06.2014

***) Unternehmensgruppe i.S.d. § 9 KStG

**) Österreichische Post AG als unbeschränkt haftender Gesellschafter beteiligt

Anlage 3

Der Beteiligungsansatz der Post 201 Beteiligungs GmbH erhöhte sich aufgrund nicht rückzahlbarer Zuschüsse um TEUR 52.465. Ein Teil der Mittelzufuhr in Höhe von TEUR 42.465 erfolgte mittels privativer Schuldübernahme von Darlehensverbindlichkeiten der trans-o-flex Schnell-Lieferdienst GmbH gegenüber Post 002 Finanzierungs GmbH. Die nunmehr seitens der Österreichischen Post AG gegenüber der trans-o-flex Schnell-Lieferdienst GmbH bestehende Darlehensforderung wurde in einen nicht rückzahlbaren Eigenmittelzuschuss umgewandelt, der eine Einlage in das Eigenkapital der trans-o-flex Schnell-Lieferdienst GmbH darstellt.

Für den Erwerb von weiteren 25% der Anteile an der M&BM Express OOD, Sofia, wurde der Post 104 Beteiligungs GmbH (über Post 103 Beteiligungs GmbH) ein Zuschuss in Höhe von TEUR 3.976 gewährt.

Weiters wurde an die ADELHEID GmbH ein Zuschuss in Höhe von TEUR 1.514 geleistet.

In Vorbereitung der geplanten Verwertung der Liegenschaft Neutorgasse 7 wurde am 13. März 2014 zusammen mit der Post Immobilien GmbH, Wien die Neutorgasse 7 Projektentwicklungs AG & Co OG mit einer Einlage von TEUR 1 gegründet. Die Immobilie Neutorgasse 7 wurde auf den Verkehrswert aufgewertet und auf diese Gesellschaft mittels Einlage übertragen.

Der Gesellschaft Postgasse 8 Entwicklungs AG & Co OG wurden im Geschäftsjahr 2014 Zuschüsse in Höhe von TEUR 1.735 gewährt. Mit 22. Dezember 2014 wurden die Anteile zur Gänze verkauft.

Im Geschäftsjahr 2014 erfolgte die Verschmelzung der PDG Post Dienstleistungs Gesellschaft mbH auf die Österreichische Post AG. Weiters wurde die Trans-o-flex Austria GmbH rückwirkend mit 1. Jänner 2014 auf die Österreichische Post AG verschmolzen. Im Zuge dessen wurde die Beteiligung an der Trans-o-flex Austria GmbH mittels Sachdividende in Höhe von TEUR 1.069 von der Post 201 Beteiligungs GmbH an die Österreichische Post AG ausgeschüttet.

Der Buchwert der mittelbar gehaltenen Anteile an der BAWAG P.S.K beträgt unverändert zum Vorjahr TEUR 8.000.

Insgesamt bestehen Ausleihungen in Höhe von TEUR 12.484 (31.12.2013: TEUR 41.829) an Post 002 Finanzierungs GmbH. Ausleihungen mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr betragen TEUR 690 (31.12.2013: TEUR 690).

3.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

TEUR	31.12.2013		31.12.2014	
	bis 1 Jahr	über 1 Jahr	bis 1 Jahr	über 1 Jahr
mit einer Restlaufzeit von				
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	167.739	0	152.491	0
Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	44.224	25.608	49.815	14.513
Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	894	0	440	0
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	10.441	10.874	71.323	10.779
	223.298	36.482	274.070	25.292

Zum Jahresende wurden pauschal ermittelte Wertberichtigungen zu Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von TEUR 892 (31.12.2013: TEUR 850) vorgenommen. Die Ermittlung der pauschalen Wertberichtigungen wird im mehrjährigen Rhythmus an den tatsächlichen Schadensverlauf angepasst.

In den Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen sind Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von TEUR 2.623 (31.12.2013: TEUR 2.761) und sonstige Forderungen in Höhe von TEUR 61.705 (31.12.2013: TEUR 67.071) enthalten.

Die sonstigen Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen entfallen mit TEUR 3.865 (31.12.2013: TEUR 3.015) auf Steuerumlagen, mit TEUR 27.997 (31.12.2013: TEUR 20.926) auf Gewinnausschüttungen und Ergebnisüberrechnungen sowie mit TEUR 29.843 (31.12.2013: TEUR 43.130) auf sonstige Verrechnungen und Finanzierungen.

In den sonstigen Forderungen sind Ertragszinsen in Höhe von TEUR 929 (31.12.2013: TEUR 619) sowie sonstige übrige Erträge in Höhe von TEUR 61.938 (31.12.2013: TEUR 948) enthalten, die erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam werden (davon Forderungen aus dem Verkauf der Postgasse 8 Entwicklungs AG & Co OG in Höhe von TEUR 60.010).

3.3 Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten

TEUR	31.12.2013	31.12.2014
Guthaben bei Kreditinstituten	195	1.354
Termingelder	211.000	240.000
Kassenbestände	2.251	2.175
	213.446	243.529

3.4 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Aktive Rechnungsabgrenzungen wurden in Höhe von TEUR 27.565 (31.12.2013: TEUR 28.897) gebildet; davon entfallen TEUR 15.933 (31.12.2013: TEUR 16.198) auf vorausbezahlte Bezüge an Mitarbeiter, TEUR 2.531 (31.12.2013: TEUR 3.383) auf Mietzinsvorauszahlungen und TEUR 9.101 (31.12.2013: TEUR 9.316) auf sonstige Vorauszahlungen.



3.5 Eigenkapital

Das Grundkapital der Österreichischen Post AG beträgt TEUR 337.763. Es ist in 67,6 Mio auf Inhaber lautende stimm- und gewinnberechtigte Aktien geteilt. Hauptaktionärin der Österreichischen Post AG ist mit einem Anteil von 52,8% die Österreichische Industrieholding AG, Wien.

Im Rahmen eines Aktienrückkaufprogramms im Geschäftsjahr 2008 wurde in der Höhe des Nennwerts der eigenen Anteile eine gebundene Kapitalrücklage in Höhe von TEUR 12.237 eingestellt.

Die nicht gebundene Kapitalrücklage beträgt zum 31. Dezember 2014 unverändert zum Vorjahr TEUR 118.300.

Die gesetzliche Gewinnrücklage beträgt zum Bilanzstichtag TEUR 35.000 (31.12.2013: TEUR 35.000). Weiters wurde gemäß Gewinnverwendungsbeschluss der Hauptversammlung vom 22. April 2010 eine freie Gewinnrücklage in Höhe von TEUR 15.000 durch Umgliederung aus dem Gewinnvortrag gebildet.

3.6 Unversteuerte Rücklagen

Die Bewertungsreserven aufgrund von Sonderabschreibungen gliedern sich wie folgt:

TEUR	1.1.2014	Auflösung	31.12.2014
Übertragung stiller Reserven gem. § 12 Abs. 1 EStG			
Grundstücke und Gebäude	9.592	17	9.574
Betriebs- und Geschäftsausstattung	3	3	0
	9.594	20	9.574

Die Rechtsgrundlage für die Zuweisung zu Bewertungsreserven aufgrund von Sonderabschreibungen stellt die mit dem Konjunkturpaket 2009 geschaffene Begünstigung einer vorzeitigen Abschreibung für körperliche Anlagegüter im Sinne des § 7a EStG dar. Der Anwendungszeitraum war auf Anschaffungen, die in den Jahren 2009 und 2010 getätigt wurden, begrenzt.

Die vorzeitige Abschreibung gemäß § 7a EStG gliedert sich wie folgt:

TEUR	1.1.2014	Auflösung	31.12.2014
Vorzeitige Abschreibung gem. § 7a EStG			
Technische Anlagen und Maschinen	438	33	404
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.544	115	1.429
Fahrzeuge	3.803	164	3.640
	5.785	312	5.473

3.7 Rückstellungen

TEUR	1.1.	Um- gründungen	Um- gliederung	Verbrauch	Auflösung	Zuweisung	31.12.
Abfertigungen	85.423	383		6.907	705	23.772	101.966
Steuern	13.404	35		13.326	113	17.748	17.748
Jubiläumsgelder	88.065	1.310		5.906	6.609	12.484	89.344
Noch nicht konsumierte							
Urlaube	42.388	549		42.859	711	36.842	36.209
Betriebsvereinbarung	22.007	200		8.472	582	12.490	25.643
Noch nicht erbrachte							
Leistungen	22.902		-22.902				0
Sonstige Personalkosten	60.903	55		43.653	6.683	63.343	73.964
Ausstehende							
Eingangsrechnungen	23.155	16		19.891	2.538	22.009	22.751
Unterauslastung	198.916	9.293	-7.742	21.756	73.185	88.757	194.283
Abgeltungsverpflichtung	5.239				5.239		0
Übrige sonstige	31.097	24		3.299	2.492	11.067	36.398
Sonstige Rückstellungen	494.673	11.447	-30.644	145.835	98.040	246.991	478.591
Rückstellungen gesamt	593.500	11.865	-30.644	166.068	98.858	288.511	598.306

Erhaltene Vorauszahlungen aus dem Verkauf von Wertzeichen und Freistempelguthaben werden nicht mehr unter den Rückstellungen für noch nicht erbrachte Leistungen, sondern als Abgrenzungsposten unter den Passiven Rechnungsabgrenzungen ausgewiesen. Zusätzlich werden Umsatzabgrenzungen für fakturierte, aber noch nicht erbrachte Leistungen direkt von den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen abgesetzt.

Die Rückstellungen für sonstige Personalkosten enthalten im Wesentlichen Vorsorgen für Erfolgsbeteiligungen und Leistungsprämien sowie Rückstellungen für die Anrechnung von Vordienstzeiten für beamtete Mitarbeiter und für Restrukturierungen.

Die Umgliederung in Höhe von TEUR 7.742 betrifft die Rückstellung für Ressortwechsel. Nach der endgültigen Übernahme von Mitarbeitern durch ein Bundesministerium, sind die gebildeten Vorsorgen in die Verbindlichkeiten umzugliedern.

In den übrigen sonstigen Rückstellungen wurde für ungewisse Verbindlichkeiten aus Abgaben und Beiträge in Höhe von TEUR 21.497 vorgesorgt.

Von den Auflösungen der Rückstellungen wurden TEUR 89.422 im Personalaufwand verrechnet.



Anlage 3

3.8 Verbindlichkeiten

TEUR				31.12.2013
	bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
mit einer Restlaufzeit von				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	6.750	0	6.750
erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	77	0	0	77
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	137.176	0	0	137.176
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	70.494	0	0	70.494
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2.308	0	0	2.308
sonstige Verbindlichkeiten	62.156	10.141	896	73.193
	272.211	16.891	896	289.998

TEUR				31.12.2014
	bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
mit einer Restlaufzeit von				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	6.750	0	6.750
erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	40	0	0	40
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	130.987	0	0	130.987
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	45.390	0	0	45.390
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2.949	0	0	2.949
sonstige Verbindlichkeiten	64.235	15.766	962	80.964
	243.601	22.516	962	267.079

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen resultieren aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von TEUR 5.074 (31.12.2013: TEUR 6.212), aus Steuerumlagen in Höhe von TEUR 228 (31.12.2013: TEUR 140) und mit TEUR 40.088 (31.12.2013: TEUR 64.142) aus sonstigen Verrechnungen.

In den sonstigen Verbindlichkeiten sind Personalaufwendungen in Höhe von TEUR 45.641 (31.12.2013: TEUR 55.086) und sonstige übrige Aufwendungen in Höhe von TEUR 1.252 (31.12.2013: TEUR 3.157) enthalten, die erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam werden.

3.9 Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Passive Rechnungsabgrenzungen wurden in Höhe von TEUR 19.610 (31.12.2013: TEUR 4.655) gebildet; davon entfallen TEUR 3.363 (31.12.2013: TEUR 3.844) auf den Nettobarwertvorteil aus dem Cross Border Leasing (vgl. 3.10). Erhaltene Vorauszahlungen aus dem Verkauf von Wertzeichen und Freistempelguthaben in Höhe von TEUR 15.358 werden nicht mehr unter den Rückstellungen (vgl. 3.7), sondern als Abgrenzungsposten ausgewiesen.



3.10 Sonstige Angaben

Haftungsverhältnisse

Cross Border Leasing

Im Geschäftsjahr 2002 hat die Österreichische Post AG mit zwei US-Trusts eine Cross Border Leasing-Transaktion abgeschlossen. Die Österreichische Post AG hat diesen beiden Trusts auf 99 Jahre ein Fruchtgenussrecht an Postsortieranlagen in Wien, Graz, Salzburg und Innsbruck gegen Leistung eines „Grant Payments“ von 117 Mio USD eingeräumt. Gleichzeitig wurde ein Lease Agreement abgeschlossen, in dem die Österreichische Post AG auf 24 Jahre das Nutzungsrecht an diesen Anlagen wieder zurückgemietet hat. Die obengenannten Anlagen sind aufgrund der Vereinbarungen weiterhin im Anlagevermögen der Österreichischen Post AG ausgewiesen. Die als Sicherheiten verpfändeten Sachanlagen weisen einen Buchwert von TEUR 23.062 (31.12.2013: TEUR 15.730) auf. In diesem Lease Agreement wurde der Österreichischen Post AG auch das Recht eingeräumt, das Fruchtgenussrecht an den Postsortieranlagen entweder mit 1. Jänner 2022 zu einem Fixpreis („EBO Payment Amount“) oder am Ende des Leasingvertrages zum Verkehrswert, mindestens jedoch zum „End of Term Purchase Option Price“ zurückzukaufen.

Die Österreichische Post AG hat ihre Verpflichtung zur Zahlung der Leasingraten einschließlich eines allfälligen EBO Payment an zwei Payment Undertaker ausgelagert. Zu diesem Zweck hat die Österreichische Post AG Zahlungen an die Payment Undertaker geleistet (108,3 Mio USD) und die entsprechende Verbindlichkeit ausgebucht. Die Payment Undertaker haben sich ihrerseits verpflichtet, die entsprechenden Beträge zu den festgesetzten Zahlungsterminen für die Österreichische Post AG zu leisten. Bei der Österreichischen Post AG verbleibt das Restrisiko einer möglichen Inanspruchnahme im Falle einer Insolvenz der Payment Undertaker. Aufgrund der Verbesserung des Ratings eines Payment Undertakers ist keine zusätzliche Besicherung durch Wertpapiere mehr notwendig.

Zum Bilanzstichtag stellt sich das Rating der beiden Payment Undertaker wie folgt dar:

	31.12.2013	31.12.2014
Standard & Poor's	AA- (Stable) bzw. A (Stable)	AA- (Stable) bzw. A (Negative)
Moody's	Aa3 (Positive) bzw. A2 (Negative)	Aa3 (Stable) bzw. A2 (Negative)

Zum 31. Dezember 2014 beläuft sich der von den Payment Undertakern noch zu leistende Betrag auf TEUR 90.849 (31.12.2013: TEUR 80.632) und ist in den Haftungsverhältnissen enthalten.

Der aus dieser Transaktion der Österreichischen Post AG zugeflossene Nettobarwertvorteil wird unter den passiven Rechnungsabgrenzungsposten (31.12.2014: TEUR 3.363; 31.12.2013: TEUR 3.844) ausgewiesen und verteilt über die Vertragslaufzeit ertragswirksam aufgelöst.

Patronatserklärungen

Im Jahr 2011 wurden Haftungen für trans-o-flex ThermoMed GmbH & Co KG in Höhe von TEUR 7.500 (aushaftender Betrag am 31.12.2014: TEUR 296) übernommen.

Im Jahr 2013 wurden Haftungen für City Express, Belgrad in Höhe von TEUR 3.457 (aushaftender Betrag am 31.12.2014: TEUR 3.457) übernommen.

Weiters bestehen sonstige Haftungsverhältnisse gegenüber verbundenen Unternehmen mit einem Betrag von TEUR 549 (aushaftender Betrag zum 31.12.2014: TEUR 209).

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

TEUR	31.12.2013	31.12.2014
Bestellverpflichtungen für Investitionen	31.780	6.093
Verpflichtungen aus der Nutzung von in der Bilanz nicht ausgewiesenen Sachanlagen		
im folgenden Geschäftsjahr	46.165	46.487
davon gegenüber verbundenen Unternehmen	9.590	9.683
in den folgenden fünf Jahren (statistisch hochgerechnet)	230.068	232.311
davon gegenüber verbundenen Unternehmen	47.950	48.417

Aktienbasierte Vergütungsprogramme

Im Jahr 2009 hat der Aufsichtsrat der Österreichischen Post AG die Einführung eines aktienbasierten Vergütungsprogrammes genehmigt. In den Geschäftsjahren 2010 bis 2014 wurden jeweils entsprechende Vergütungsprogramme für Vorstandsmitglieder und Führungskräfte realisiert (sogenannte Long-Term-Incentive-Programme). Bei diesen Programmen handelt es sich um ein aktienbasiertes und performanceorientiertes Entlohnungsmodell, dessen Tranchen sich über eine dreijährige Laufzeit (Performancezeitraum) erstrecken und ein einmaliges Eigeninvestment als grundsätzliche Teilnahmebedingung vorsieht. Der Performancezeitraum erstreckt sich jeweils vom 1. Jänner des Jahres der Auflage der jeweiligen Tranche bis zum 31. Dezember des drittfolgenden Jahres.

Von den aktiven und ehemaligen Vorstandsmitgliedern nehmen zum Bilanzstichtag die Herren Dipl.-Ing. Dr. Georg Pölzl, Dipl.-Ing. Walter Hitziger, Dipl.-Ing. Peter Umundum und Dipl.-Ing. Walter Oblin an den Vergütungsprogrammen drei bis fünf und Herr Mag. Dr. Rudolf Jettmar am Vergütungsprogramm drei teil.

Die für das Eigeninvestment nötige Anzahl an Aktien der Österreichischen Post AG bei Programmbeginn ergibt sich für die Mitglieder des Vorstands als definierter Prozentsatz des Bruttofixgehaltes dividiert durch den Referenzkurs des vierten Quartals des jeweiligen Vorjahres. Das Eigeninvestment der Führungskräfte orientiert sich an der gewählten Investmentkategorie gemäß Teilnahmebedingungen. Die für die bestehenden aktienbasierten Vergütungsprogramme nötigen Eigeninvestments betragen zum 31. Dezember 2014 für die Mitglieder des Vorstands insgesamt 56.806 Aktien, für die teilnehmenden Führungskräfte 187.633 Aktien. Das Eigeninvestment ist jeweils bis zum Ende des nächstfolgenden Jahres nach Ablauf des Performancezeitraums ununterbrochen zu halten.

Die Entlohnung erfolgt auf Basis von sogenannten Bonusaktien als rechnerische Größe und hängt vom Ausmaß der Zielerreichung der definierten Performance Indikatoren (Earnings per Share, Free Cashflow und Total Shareholder Return) ab. Die Zielgrößen für die Performance Indikatoren werden jeweils zu Beginn der einzelnen Tranchen festgelegt, wobei die einzelnen Teilziele gleich gewichtet sind. Die Zielerreichung wird über einen dreijährigen Performancezeitraum ermittelt. Die Gesamtbonifikation richtet sich nach der Gesamtzielerreichung aus obigen Parametern sowie der Kursentwicklung der Aktie der Österreichischen Post AG. Die Gesamtbonifikation der Mitglieder des Vorstands sowie der teilnehmenden Führungskräfte ist begrenzt. Vorstände haben eine Obergrenze von 225% jener Bonifikation, die bei 100% Gesamtzielerreichung vorgesehen ist. Führungskräfte haben eine Obergrenze je nach Tranche aufgrund der maximalen Zielerreichung zwischen 125% und 225%, beziehungsweise in Abhängigkeit von ihrem individuellen Jahresbruttofixgehalt.



Anlage 3

Die aktuell erwartete Anzahl der Bonusaktien (rechnerische Größe) verteilt sich zu den jeweiligen Stichtagen auf die einzelnen Tranchen wie folgt:

	31.12.2013	31.12.2014
Anzahl Bonusaktien je Tranche		
Tranche 2	358.195	2.340
Tranche 3	449.630	458.776
Tranche 4	288.073	378.975
Tranche 5	0	233.463
	1.095.898	1.073.554

Die Auszahlung der Bonusaktien kann entweder in Form von Aktien der Österreichischen Post AG oder in bar erfolgen. Nachdem der Vorstand für sich einheitlich die Ausschüttung der Bonifikation in bar gewählt hat und für die Führungskräfte die Auszahlung der Bonifikation in bar beschlossen wurde, besteht gegenwärtig keine Verpflichtung zum Ausgleich in Eigenkapitalinstrumenten.

Die erwarteten Aufwendungen aus dem aktienbasierten Vergütungsprogramm sind über den Performancezeitraum in Form einer Rückstellung zu verteilen. Die Höhe der Rückstellung wird zu jedem Bilanzstichtag mittels eines Modells ermittelt, in welchem die Performance Indikatoren und der bisherige Anteil des Performancezeitraums berücksichtigt werden. Sämtliche Änderungen der Rückstellung werden ergebniswirksam unter den Personalaufwendungen erfasst.

Der Stand der Rückstellung verteilt sich zu den jeweiligen Stichtagen auf die einzelnen Tranchen wie folgt:

TEUR	31.12.2013	31.12.2014
Stand der Rückstellung		
Tranche 2	10.166	87
Tranche 3	7.042	11.672
Tranche 4	2.478	7.766
Tranche 5	0	3.322
	19.686	22.847

Der in der jeweiligen Berichtsperiode erfasste Gesamtaufwand für anteilsbasierte Vergütungen verteilt sich auf die einzelnen Tranchen wie folgt:

TEUR	2013	2014
Gesamtaufwand		
Tranche 2	3.546	43
Tranche 3	4.548	4.630
Tranche 4	2.478	5.288
Tranche 5	0	3.322
	10.572	13.283

Im Geschäftsjahr 2014 erfolgte die Auszahlung der Tranche 2 in Höhe von TEUR 10.028 zur Gänze in bar.



4. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

4.1 Umsatzerlöse

TEUR	31.12.2013	31.12.2014
Brief, Werbepost & Filialen	1.396.934	1.373.258
Paket & Logistik	271.740	286.540
Corporate	50	44
	1.668.725	1.659.842

4.2 Sonstige betriebliche Erträge

TEUR	31.12.2013	31.12.2014
Erträge aus dem Abgang vom Anlagevermögen mit Ausnahme der Finanzanlagen	5.592	3.058
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	11.446	9.436
Erträge aus Mieten und Pachten	40.819	40.670
Abgeltungen von Schadensfällen	1.569	1.366
Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen	602	490
Weiterverrechnete Aufwendungen	14.459	11.282
Übrige	58.957	21.456
	133.444	87.757

In den sonstigen betrieblichen Erträgen, Übrige ist die Neubewertung der Liegenschaft Neutorgasse 7 zum Verkehrswert in Höhe von TEUR 12.800 im Zusammenhang mit der Einlage in eine eigene Gesellschaft enthalten. Im Vorjahr war in dieser Position die Neubewertung der Liegenschaft Postgasse 8 im Zusammenhang mit der Einlage in die Gesellschaft Postgasse 8 Entwicklungs AG & Co OG ausgewiesen.

4.3 Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Leistungen

TEUR	31.12.2013	31.12.2014
Materialaufwand	60.109	54.033
Aufwand für bezogene Leistungen	254.902	255.132
	315.011	309.165

4.4 Personalaufwand

TEUR	31.12.2013	31.12.2014
Gehälter	719.883	737.978
Aufwendungen für Abfertigungen	26.151	37.479
Beiträge an Mitarbeitervorsorgekassen	2.128	2.422
Aufwendungen für Altersversorgung	168	207
Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	197.518	206.967
Sonstige Sozialaufwendungen	8.023	8.323
	953.871	993.377



Anlage 3

Die durchschnittliche Zahl an Arbeitnehmern betrug im Geschäftsjahr:

	31.12.2013	31.12.2014
Beamte	9.270	8.608
Angestellte	11.297	11.362
Summe	20.567	19.970
Entsprechende Vollzeitkräfte	18.951	18.403

TEUR	31.12.2013	31.12.2014
Bezüge aktive Vorstandsmitglieder	4.572	5.435
Bezüge ehemalige Vorstandsmitglieder	775	1.022
Bezüge Mitglieder des Aufsichtsrats	153	151
	5.501	6.608

4.5 Aufwendungen für Abfertigungen und für Altersversorgung

TEUR	31.12.2013	31.12.2014
Vorstände	719	327
Leitende Angestellte	228	204
Andere Arbeitnehmer	27.500	39.713
	28.447	40.244

4.6 Sonstige betriebliche Aufwendungen

TEUR	31.12.2013	31.12.2014
Steuern, nicht vom Einkommen und Ertrag	5.912	6.513
Übrige	222.925	212.046
	228.837	218.559



Anlage 3

Die übrigen Aufwendungen gliedern sich wie folgt:

TEUR	31.12.2013	31.12.2014
Miet- und Pacht aufwendungen	52.163	52.348
Instandhaltung und Immobilienverwaltung	34.402	37.476
EDV-Dienstleistungsaufwand	28.685	32.765
Reiseaufwand	23.489	24.132
Entsorgung und Reinigung	11.643	11.414
Kommunikation und Werbung	14.778	15.548
Beratungsaufwand	9.871	5.624
Personalbereitstellung	10.972	7.757
Versicherungsaufwand	5.678	4.144
Telefonaufwand	2.672	2.292
Verluste aus dem Abgang von Sachanlagevermögen	3.708	1.820
Aus- und Fortbildung	2.749	2.732
sonstige	22.115	13.993
	222.925	212.046

Die Erläuterungen zu den Aufwendungen für Leistungen für den Abschlussprüfer sind im Konzernabschluss dargestellt.

4.7 Erträge aus Beteiligungen

TEUR	31.12.2013	31.12.2014
Gewinnausschüttungen	19.071	25.629
Ergebnisüberrechnung Personengesellschaften	2.781	3.059
Sachdividende	5.272	1.069
	27.125	29.757

4.8 Erträge aus dem Abgang von und der Zuschreibung zu Finanzanlagen

TEUR	31.12.2013	31.12.2014
Erträge aus dem Abgang von Beteiligungen	0	12.465
Erträge aus dem Abgang von Wertpapieren	0	3
Zuschreibung Beteiligungen	0	6.296
	0	18.765

In den Erträgen aus dem Abgang von Beteiligungen ist der Ertrag aus dem Abgang der Gesellschaft Postgasse 8 Entwicklungs AG & Co OG im Dezember 2014 enthalten.



Anlage 3

4.9 Aufwendungen aus Finanzanlagen

TEUR	31.12.2013	31.12.2014
Abschreibungen auf Beteiligungen	51.600	75.575
Sonstige Aufwendungen auf Finanzanlagen	7.772	345
	59.372	75.920

Die wesentlichen Inhalte der Abschreibungen auf Beteiligungen werden in Kapitel 3.1. (S.13) erläutert.

4.10 Verschmelzungsgewinn

TEUR	31.12.2013	31.12.2014
Gewinn aus der Verschmelzung PDG Post Dienstleistungs Gesellschaft mbH	0	13.104
	0	13.104

Der Verschmelzungsgewinn resultiert aus nicht gebundenen Kapitalrücklagen sowie thesaurierten Gewinnen.

ELECTRONIC COPY



4.11 Steuern vom Einkommen

Im Jahr 2014 wurden von den Gruppenmitgliedern positive steuerliche Ergebnisse in Höhe von TEUR 15.935 (2013: TEUR 18.647) und negative steuerliche Ergebnisse in Höhe von TEUR 11 (2013: TEUR 1.504) an den Gruppenträger Österreichische Post AG überrechnet. Aufgrund dieser Überrechnung ergeben sich positive Steuerumlagen in Höhe von TEUR 3.984 (2013: TEUR 4.662) sowie negative Umlagen im Betrage von TEUR 3 (2013: TEUR 376). Die überwiegende Zuweisung positiver steuerlicher Ergebnisse führte per Saldo zu einer Erhöhung der Körperschaftsteuerbelastung des Gruppenträgers im Ausmaß von TEUR 3.981 (2013: TEUR 4.286).

Der Körperschaftsteueraufwand der Steuergruppe beträgt nach Zurechnung der einzelnen steuerlichen Ergebnisse der Gruppenmitglieder TEUR 50.059 (2013: TEUR 37.901). Nach Berücksichtigung der Steuerumlagen der Gruppenmitglieder ergibt sich für die Österreichische Post AG ein Körperschaftsteueraufwand für das Geschäftsjahr 2014 in Höhe von TEUR 46.078 (2013: TEUR 33.616). Die Körperschaftsteuerbelastung resultiert ausschließlich aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

Im Jahr 2014 gab es steuerpflichtige Auflösungen von un versteuerten Rücklagen in Höhe von TEUR 332 (2013: TEUR 367).

Vom Wahlrecht zur Aktivierung von latenten Steuern in Höhe von TEUR 74.623 exklusive Gruppenmitgliedern (2013: TEUR 52.292) wurde kein Gebrauch gemacht.

5. Risikomanagement

Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Österreichischen Post AG ist die Sicherung des Unternehmenserfolges gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Grundsätzlich wird beim Management der Finanzpositionen ein strategischer Portefeuilleansatz unter Bedachtnahme auf eine konservative Risikopolitik verfolgt.

In der Österreichischen Post AG erfolgt eine laufende Überwachung eventuell auftretender Risikokonzentrationen. Diese können bei Finanzanlagen mit ähnlichen Merkmalen und ähnlichen Bedingungen auftreten, zum Beispiel in Bezug auf Fristigkeiten, Kontrahentenstruktur und hinsichtlich der Umsetzung der Veranlagungsstrategie. Konzentrationsrisiken werden unter anderem durch die Veranlagung von Termingeldern bei verschiedenen Banken, Diversifikation der Emittenten im Wertpapierportfolio oder durch Streuung der Fälligkeitsprofile vermieden.

Das Risikomanagement unterliegt einem vom Vorstand beschlossenen Regelwerk, welches Ziele, Grundsätze, Aufgaben und Kompetenzen festlegt. Darüber hinaus formuliert dieses Regelwerk standardisierte Abläufe, um Revisionsicherheit zu gewährleisten.

Die aktuelle Risikosituation im Finanzbereich wird laufend in einem standardisierten Berichtswesen dargelegt. Weiters bestehen bei der Österreichischen Post AG klare, schriftlich festgelegte Strategien und operative Richtlinien für die Behandlung aller finanziellen Risiken. Finanzielle Risiken umfassen das Liquiditätsrisiko, das Kreditrisiko/Kontrahentenrisiko/Produktisiko/Risiko Payment Undertaker, das Zinsänderungsrisiko, das Währungsänderungsrisiko sowie organisatorische Risiken.

Liquiditätsrisiko

Aufgabe der Liquiditätssicherung ist die jederzeitige Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit der Unternehmensgruppe. Basis des Liquiditätsmanagements ist ein Liquiditätsplan, der laufend Soll-Ist Analysen unterzogen und bei Bedarf angepasst wird. Durch die aktive Steuerung von Zahlungsströmen wird der Zinssaldo optimiert.

Kreditrisiko/Kontrahentenrisiko/Produktisiko/Risiko Payment Undertaker

Auf der Aktivseite stellen die ausgewiesenen Beträge gleichzeitig das maximale Bonitäts- und Ausfallrisiko dar. Soweit Ausfallrisiken erkennbar sind, werden diese durch Wertberichtigungen erfasst. Das Risiko bei Forderungen kann insgesamt als gering eingeschätzt werden, da die Mehrzahl der Kunden einem Bankeinzugsverfahren zugestimmt hat bzw. in risikobehafteten Fällen Bankgarantien hinterlegt oder Vorauszahlungen geleistet wurden. Ferner besteht ein Großteil der offenen Forderungen gegenüber Vertragspartnern bester Bonität.

Zur Vermeidung von Kreditrisiken werden Finanzkontrakte nur mit Kontrahenten einwandfreier Bonität abgeschlossen. Aus diesem Grund wird das allgemeine Kreditrisiko aus den eingesetzten Finanzinstrumenten für gering gehalten. Für Geldmarkttransaktionen bestehen festgelegte Handelslimits. Zur Begrenzung des Ausfallrisikos bei Anleihen, Schuldverschreibungen und strukturierten Finanzierungen werden nur Papiere von Emittenten mit einem Investment-Grade-Rating oder vergleichbarer Bonität angekauft. Im Wertpapierportfolio befinden sich nur Papiere auf Investment Grade Niveau. Als Handelspartner für OTC-Transaktionen bzw. für in strukturierten Geschäften integrierte Transaktionen kommen gleichfalls nur Kontrahenten mit erstklassigen Bonitäten in Frage. Besonderes Augenmerk gilt auch der Liquidität und der Abwicklungssicherheit der abgeschlossenen Finanzprodukte.

Im Rahmen einer Crossborder-Leasing Transaktion wurde durch eine Einmalzahlung die Verpflichtung zur Zahlung der Leasingraten einschließlich eines allfälligen EBO Payment an Payment Undertaker ausgelagert. Als Payment Undertaker wurden Finanzinstitute mit bester Bonität (Qualified Issuer) ausgewählt. Im Falle des Equity Payment Undertakers wurden Mindestratings vereinbart, wobei mit Unterschreiten dieser Grenzen zusätzliche Sicherheiten in Form von Wertpapieren vom Payment Undertaker beizubringen sind und bei weiterem Sinken des Ratings die Verpflichtung besteht, den Equity Payment Undertaker zu wechseln. Damit rechtzeitig auf die jeweilige Situation der Payment Undertaker reagiert werden kann, erfolgt zumindest quartalsweise eine Überprüfung des Ratings der aktuellen Payment Undertaker sowie des Ratings vergleichbarer Kreditinstitute. Zudem ist zu jedem Bilanzstichtag



von den Payment Undertakern in einer Bestätigung über den planmäßigen Verlauf der Transaktionen zu berichten und die offenen Rückführungsraten bekanntzugeben.

Zinsänderungsrisiko

Das Zinsänderungsrisiko stellt das Risiko dar, das sich aus der Wertänderung von Finanzinstrumenten, anderen Bilanzposten oder zinsbedingten Zahlungsströmen infolge von Schwankungen von Marktzinssätzen ergibt. Das Zinsänderungsrisiko beinhaltet das Barwertrisiko bei fest verzinsten Bilanzposten und das Zahlungsstromrisiko bei variabel verzinsten Bilanzposten. Ein Zinsänderungsrisiko liegt vor allem bei Forderungen und Verbindlichkeiten mit Laufzeiten über einem Jahr vor. Solche längeren Laufzeiten sind im operativen Bereich nicht von materieller Bedeutung, spielen jedoch bei Finanzanlagen und Finanzverbindlichkeiten eine Rolle.

Die Steuerung des Zinsänderungsrisikos im Finanzbereich orientiert sich am Portfolio-Ansatz. Gesteuert werden grundsätzlich nicht Einzelpositionen, sondern das gesamte Finanzportfolio unter Bedachtnahme auf die jeweilige Grundtransaktion. Zu diesem Zweck werden grundsätzlich selektiv auch derivative Instrumente, wie Zins-Swaps eingesetzt. Zum Bilanzstichtag bestehen keine derivativen Finanzinstrumente. Das Finanzportfolio wird täglich der vorgegebenen Benchmark gegenübergestellt.

Währungsänderungsrisiko

Als Währungsänderungsrisiko wird der mögliche Verlust aus Marktveränderungen durch schwankende Wechselkurse angesehen. Auf der Aktivseite ergeben sich keine wesentlichen Risiken aus Währungsänderungen, da Lieferungen nahezu zur Gänze auf Euro-Währungsbasis abgewickelt werden. Gleiches gilt grundsätzlich für die übrigen originären Finanzinstrumente.

Organisatorische Risiken

Durch die Organisation der Tätigkeitsabläufe (wie z.B. Trennung von Handel und Buchführung von Finanztransaktionen, Sicherung von elektronischen Daten) sind organisatorische Risiken im Finanzbereich so weit wie möglich ausgeschaltet.



Wien, am 27. Februar 2015

Der Vorstand

Dipl.-Ing. Dr. Georg Pölzl
Vorstandsvorsitzender
Generaldirektor

Dipl.-Ing. Walter Oblin
Vorstandsmitglied
Finanzen

Dipl.-Ing. Walter Hitziger
Vorstandsmitglied
Brief, Werbepost & Filialen

Dipl.-Ing. Peter Umundum
Vorstandsmitglied
Paket & Logistik

ELECTRONIC COPY



Bestätigungsvermerk

Bericht zum Jahresabschluss

Wir haben den beigefügten Jahresabschluss der Österreichische Post AG, Wien, für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2014 bis zum 31. Dezember 2014 unter Einbeziehung der Buchführung geprüft. Dieser Jahresabschluss umfasst die Bilanz zum 31. Dezember 2014, die Gewinn- und Verlustrechnung für das am 31. Dezember 2014 endende Geschäftsjahr sowie den Anhang.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und für die Buchführung

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind für die Buchführung sowie für die Aufstellung und den Inhalt des Jahresabschlusses verantwortlich, der ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften vermittelt. Diese Verantwortung beinhaltet: Gestaltung, Umsetzung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems, soweit dieses für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft von Bedeutung ist, damit dieser frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist, sei es auf Grund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern; die Auswahl und Anwendung geeigneter Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden; die Vornahme von Schätzungen, die unter Berücksichtigung der gegebenen Rahmenbedingungen angemessen erscheinen.

Verantwortung des Abschlussprüfers und Beschreibung von Art und Umfang der gesetzlichen Abschlussprüfung

Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Jahresabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung. Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, dass wir die Standesregeln einhalten und die Prüfung so planen und durchführen, dass wir uns mit hinreichender Sicherheit ein Urteil darüber bilden können, ob der Jahresabschluss frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen hinsichtlich der Beträge und sonstigen Angaben im Jahresabschluss. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Abschlussprüfers unter Berücksichtigung seiner Einschätzung des Risikos eines Auftretens wesentlicher Fehldarstellungen, sei es auf Grund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern. Bei der Vornahme dieser Risikoeinschätzung berücksichtigt der Abschlussprüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft von Bedeutung ist, um unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen geeignete Prüfungshandlungen festzulegen, nicht jedoch um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft abzugeben. Die Prüfung umfasst ferner die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und der von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass wir ausreichende und geeignete Prüfungsnachweise erlangt haben, sodass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil darstellt.



Prüfungsurteil

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss nach unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage der Österreichische Post AG zum 31. Dezember 2014 sowie der Ertragslage der Gesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2014 bis zum 31. Dezember 2014 in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung.

Aussagen zum Lagebericht

Der Lagebericht ist auf Grund der gesetzlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob die sonstigen Angaben im Lagebericht nicht eine falsche Vorstellung von der Lage der Gesellschaft erwecken. Der Bestätigungsvermerk hat auch eine Aussage darüber zu enthalten, ob der Lagebericht mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob die Angaben nach § 243a UGB zutreffen.

Der Lagebericht steht nach unserer Beurteilung in Einklang mit dem Jahresabschluss. Die Angaben gemäß § 243a UGB sind zutreffend.

Wien, am 27. Februar 2015

Deloitte Audit Wirtschaftsprüfung GmbH

Mag. Manfred Geritzer
Wirtschaftsprüfer

Mag. Michael Schober
Wirtschaftsprüfer

Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses mit unserem Bestätigungsvermerk darf nur in der von uns bestätigten Fassung erfolgen. Dieser Bestätigungsvermerk bezieht sich ausschließlich auf den deutschsprachigen und vollständigen Jahresabschluss samt Lagebericht. Für abweichende Fassungen sind die Vorschriften des § 281 Abs 2 UGB zu beachten.



Zusammensetzung des Anlagevermögens zum 31.12.2014

TEUR

I. Immaterielle Vermögensgegenstände

Konzessionen, gew. Schutzrechte und ähnliche Rechte

II. Sachanlagen

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremdem Grund
technische Anlagen und Maschinen
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung
geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau

III. Finanzanlagen

Anteile an verbundenen Unternehmen
Ausleihungen an verbundene Unternehmen
Beteiligungen
Wertpapiere (Wertrechte) des Anlagevermögens

Gesamt

	Anschaffungs-/ Herstellungskosten 01.01.2014	Zugänge	Zugänge durch Umgründungen	Abgänge	Umbuchungen	Anschaffungs-/ Herstellungskosten 31.12.2014	kum. Abschreibung durch Umgründungen	Abschreibungen (kumuliert) 31.12.2014	Buchwert 31.12.2014	Buchwert 01.01.2014	Abschreibungen im Geschäftsjahr 2014	Zuschreibungen im Geschäftsjahr 2014
	59.428	3.465	0	-510	0	58.394	0	-43.506	14.878	17.815	-6.293	0
	55.428	3.465	0	-510	0	58.394	0	-43.506	14.878	17.815	-6.293	0
	633.485	10.737	0	-8.712	16.173	651.882	0	-428.605	223.077	214.947	-17.076	0
	170.811	21.142	0	-63.760	8.644	136.837	0	-78.391	58.445	39.003	-9.651	0
	245.263	28.665	805	-17.913	663	257.483	-436	-151.043	106.439	107.795	-29.878	0
	29.339	8.792	0	0	-25.480	12.650	0	0	12.650	29.339	0	0
	1.078.898	69.335	805	-90.386	0	1.058.652	-436	-658.040	400.612	391.094	-56.605	0
	1.386.089	72.046	0	-96.388	0	1.361.747	0	-862.678	499.069	556.416	-75.575	6.296
	41.828	0	0	-29.345	0	12.484	0	0	12.484	41.829	0	0
	6.742	1.514	0	0	0	8.255	0	0	8.255	6.742	0	0
	147.140	0	0	-12.997	0	134.143	0	-68.419	65.724	78.721	0	0
	1.581.800	73.560	0	-138.730	0	1.516.630	0	-931.098	585.533	683.707	-75.575	6.296
	2.716.127	146.360	805	-229.625	0	2.633.666	-436	-1.632.643	1.001.023	1.092.607	-138.474	6.296

LAGEBERICHT 2014 DER ÖSTERREICHISCHEN POST AG NACH § 243 UGB

Inhaltsverzeichnis

1.	Umfeld und Rahmenbedingungen	2
1.1	Wirtschaftliches Umfeld	2
1.2	Branchenumfeld	3
1.3	Rechtliche Rahmenbedingungen	4
1.4	Struktur des Unternehmens	5
2.	Geschäftsverlauf 2014	6
2.1	Umsatzentwicklung	6
2.2	Gewinn- und Verlustrechnung	7
2.3	Vermögens- und Finanzlage	8
2.4	Bericht über Zweigniederlassungen	9
2.5	Finanzielle und nicht-finanzielle Leistungsindikatoren	9
2.6	Besondere Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	13
3.	Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens / Ausblick	14
4.	Wesentliche Risiken und Ungewissheiten	16
4.1	Risikomanagement	16
4.2	Top Risiken	16
4.3	Allgemeine und sonstige Risiken	17
4.4	Gesamtaussage zur Risikosituation	20
4.5	Wesentliche Chancen	20
5.	Internes Kontrollsystem und Risikomanagement im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess	21
6.	Informationen gemäß § 243a UGB	23



1. Umfeld und Rahmenbedingungen

1.1 Wirtschaftliches Umfeld

Auf globaler Ebene ist eine leichte Erholung der Weltwirtschaft zu beobachten. Die Auswirkungen der Finanzkrise wie hohe Arbeitslosigkeit und hohe Verschuldung der Staatshaushalte dämpfen allerdings nach wie vor das Wachstum. Hinzu kommen unsichere Zukunftserwartungen und geopolitische Spannungen. Für das Gesamtjahr 2014 errechnet der Internationale Währungsfonds (IWF) ein globales Wirtschaftswachstum von 3,3%, das sich im Jahr 2015 auf 3,5% verstärken soll. Das BIP-Wachstum des Euroraums hat sich dabei im Jahresverlauf weiter verlangsamt. Laut Prognose des IWF wuchs das BIP des Euroraums 2014 nur um 0,8%. Die Gründe dafür liegen in der schwachen Investitionsentwicklung, der geringen Kapazitätsauslastung und der hohen ökonomischen und politischen Unsicherheit (IWF, Jänner 2015).

Die Konjunktur in Österreich verlief in den letzten Monaten ebenfalls an Tempo und blieb im Jahr 2014 insgesamt hinter den ursprünglichen Erwartungen zurück. Außenwirtschaftlich belasten die anhaltende Schwäche des Euroraums und geopolitische Spannungen wie der Konflikt Russlands mit der Ukraine und damit verbundene Vertrauensverluste die Aussichten der Exportwirtschaft. Im Inland dämpft die Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung die Investitionsbereitschaft. Die schwache Entwicklung der Realeinkommen lässt zudem wenig Spielraum für zusätzliche private Konsumausgaben. Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) geht in seiner Prognose von einem Wachstum der österreichischen Wirtschaft im Jahr 2014 von 0,4% aus und auch 2015 soll das Wachstum mit 0,5% nur geringfügig stärker ausfallen (WIFO, Dezember 2014). In Deutschland stellt sich das Gesamtbild etwas besser dar. So stieg die Wirtschaftsleistung laut aktuellen Prognosen 2014 um 1,5% und soll auch 2015 um 1,3% zulegen (IWF, Jänner 2015).



1.2 Branchenumfeld

Neben dem konjunkturellen Umfeld wird die Geschäftsentwicklung der Österreichischen Post AG vor allem von folgenden internationalen Trends beeinflusst, die Risiken, aber auch Chancen mit sich bringen.

Im Briefbereich hält die elektronische Substitution des klassischen Briefs weiterhin an. Dieser globale Trend betrifft alle Postgesellschaften und ist im Kern auch nicht beeinflussbar. Als Basisszenario geht man international von Rückgängen in der Größenordnung von 3–5% pro Jahr aus. Österreich blieb mit einem jährlichen Rückgang der Briefmengen von 2,6% in den letzten fünf Jahren unter dem europäischen Branchenschnitt, während etwa Länder, wie die Niederlande oder Großbritannien mit 8,3% bzw. 6,5% deutlich höhere Volumenrückgänge verzeichnen (Goldman Sachs Global Investment Research).

Physische Dialogmedien sind für viele österreichische Betriebe ein unverzichtbarer Bestandteil ihrer Werbestrategie. Auch unadressierte Werbesendungen zählen in Österreich zu den beliebtesten Kommunikationsmedien. Das Geschäft mit Werbesendungen wiederum ist abhängig von der Intensität der Werbeaktivitäten der Unternehmen. Die Paketmengen im privaten Bereich steigen dank der ständig zunehmenden Bedeutung des Online-Shoppings weiter. Über alle Altersgruppen hinweg sind es knapp 70% der Österreicher, die regelmäßig über das Internet einkaufen (Kreutzer Fischer & Partner; September 2014). Auf Basis dieses Trends hat sich das österreichische Paketaufkommen an Privatkunden 2014 im Vergleich zum Vorjahr um 4,8% erhöht. Im B2B-Bereich dagegen ging die Anzahl der Pakete, aufgrund der nach wie vor getrübbten Konjunkturlage mit minus 0,9% im Vergleich zu 2013 leicht zurück (Kreutzer, Fischer & Partner, Februar 2015).

Die Entwicklung des internationalen Paket- und Frachtgeschäfts ist wiederum wesentlich von der Konjunktorentwicklung, den internationalen Handelsströmen und der damit verbundenen Preisentwicklung abhängig. Wettbewerbsintensität und Preisdruck sind in diesem Bereich weiterhin hoch. Die Handelsströme werden immer internationaler und mit ihnen die nachgefragten Logistikdienstleistungen. Internationale Sendungen sind deshalb ein weiterer wichtiger Faktor für das Wachstum des europäischen Kurier-, Express- und Paketmarkts (KEP).

Ein weiterer wichtiger Markttrend ist die steigende Bedeutung des Klimaschutzes und die dadurch steigende Nachfrage nach ressourcenschonenden Gütertransporten. Die Österreichische Post AG entspricht diesen Anforderungen durch das Angebot der CO₂-neutralen Zustellung von Sendungen im Heimmarkt Österreich, mit dem sie für sich und ihre Kunden eine Belastung der globalen Klimabilanz durch ihre Unternehmenstätigkeit vermeidet.



1.3 Rechtliche Rahmenbedingungen

Die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Geschäftstätigkeit der Österreichischen Post AG basieren primär auf dem Österreichischen Postmarktgesetz, das seit 1. Jänner 2011 in Kraft getreten ist. Seine wesentlichen Eckpunkte sind:

- Die Österreichische Post AG bleibt auch nach der vollständigen Marktöffnung Österreichs Universaldienstleister und garantiert damit die Versorgung mit qualitativ hochwertigen Postdienstleistungen in ganz Österreich.
- Der Universaldienst beschränkt sich primär auf Postsendungen, die an den gesetzlich definierten Zugangspunkten abgegeben werden können, also z. B. Post-Geschäftsstellen oder Briefkästen. Damit soll die Grundversorgung der österreichischen Bevölkerung und Wirtschaft mit Postdienstleistungen gesichert werden. Postdienste für Sendungen, die von Großkunden in Verteilzentren eingeliefert werden, zählen – mit Ausnahme von Zeitungen – nicht zum Universaldienst.
- Die Österreichische Post AG war zum Austausch der nicht mehr dem Gesetz entsprechenden Hausbrieffachanlagen und Landabgabekästen verpflichtet und musste diesen Austausch auch vorfinanzieren. Die Kosten für den Austausch wären der Österreichischen Post AG nach einem gesetzlich geregelten Aufteilungsschlüssel teilweise zu ersetzen. Der Kostenersatz ist im gleichen Verhältnis auf fünf Jahre aufzuteilen. Bisher erfolgte jedoch kein solcher Kostenersatz.
- Die gewerbsmäßige Beförderung von Briefsendungen mit einem Gewicht bis 50 Gramm unterliegt einer Konzessionspflicht.
- Seit 1. Jänner 2011 gilt die Umsatzsteuerbefreiung nur mehr für Postdienste im Rahmen des gesetzlichen Universaldienstes. Postdienstleistungen, deren Bedingungen individuell vereinbart wurden, unterliegen der Umsatzsteuer zum Normalsteuersatz.



1.4 Struktur des Unternehmens

Die Österreichische Post AG ist mit den beiden Divisionen Brief, Werbepost & Filialen sowie Paket & Logistik auf dem Markt tätig. Die Division Corporate erbringt zusätzlich vor allem Dienstleistungen im Bereich der Verwaltung.

1.4.1 Division Brief, Werbepost & Filialen

Das Leistungsspektrum der Division Brief, Werbepost & Filialen erstreckt sich auf die Annahme, Sortierung und Zustellung von Briefen, Postkarten, adressierten und unadressierten Werbesendungen und Zeitungen sowie den Verkauf von Post- und Telekomprodukten bzw. Finanzdienstleistungen in Kooperation mit dem Bankpartner BAWAG P.S.K. Darüber hinaus bietet die Österreichische Post AG ihren Kunden diverse Online-Services an. Ergänzt wird das Angebot durch neue Dienstleistungen für Geschäftspost und Werbepost, darunter Adress- und Datenmanagement, Poststellen-Management, intelligentes Scanning und Response-Management. Dafür stehen den Kunden 1.826 Geschäftsstellen – davon 1.306 Post Partner – in ganz Österreich zur Verfügung. Per Ende 2014 bot die Post ihren Kunden zudem 260 SB-Zonen, die mit modernen Frankierautomaten, Packstationen, Versandboxen und teilweise bereits Abholstationen ausgestattet sind, an. Pro Jahr stellt die Post in Österreich 910 Mio Briefe, 615 Mio adressierte Werbesendungen, 3,4 Mrd unadressierte Werbesendungen, 410 Mio Printmedien und 310 Mio Regionalmedien zu.

1.4.2 Division Paket & Logistik

Hauptgeschäft ist die Beförderung von Paketen sowie von EMS-Sendungen für Privat- und Geschäftskunden. Im Heimmarkt stellte die Österreichische Post AG im Jahr 2014 74 Mio Pakete und EMS-Sendungen zu. Damit ist sie führender Dienstleister für die Auslieferung von Versandhandelspaketen mit einer flächendeckenden Zustellung in höchster Qualität. In den vergangenen Jahren hat die Österreichische Post AG entlang der gesamten logistischen Wertschöpfungskette weitere Kompetenzen aufgebaut und ist nun als Anbieter vielfältiger Mehrwertdienstleistungen erfolgreich.

1.4.3 Division Corporate

In der Division Corporate werden Dienstleistungen erbracht, wie sie typischerweise für Zwecke der Verwaltung notwendig sind. Diese Dienstleistungen umfassen die Verwaltung von Immobilien, die Erbringung von IT-Support, Finanzierungs- und Verwaltungstätigkeiten sowie die Administration des Post-Arbeitsmarktes. Die Division Corporate beinhaltet darüber hinaus die Bereiche Innovationsmanagement und die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle.

2. Geschäftsverlauf 2014

2.1 Umsatzentwicklung

Der Umsatz der Österreichischen Post AG verringerte sich im Jahr 2014 um 0,5% auf 1.659,8 Mio EUR. Die Verteilung des Umsatzes auf die einzelnen Divisionen zeigt die hohe Bedeutung der Division Brief, Werbepost & Filialen auf die ein Anteil von 82,7% vom Gesamtumsatz entfällt. Die Division Paket & Logistik trug mit 17,3% zum Umsatz bei.

Außenumsatz nach Divisionen

Mio EUR	2013	2014	Veränderung 2013/2014
Umsatz gesamt	1.668,7	1.659,8	-0,5%
Brief, Werbepost & Filialen	1.397,0	1.373,3	-1,7%
Paket & Logistik	271,7	286,5	5,4%

Umsatz Division Brief, Werbepost & Filialen

Mio EUR	2013	2014	Veränderung 2013/2014
Briefpost & Mail Solutions	759,0	751,2	-1,0%
Werbepost	377,9	372,8	-1,3%
Medienpost	140,4	141,8	1,0%
Filialdienstleistungen	119,7	107,4	-10,3%

Insgesamt reduzierte sich der Umsatz der **Division Brief, Werbepost & Filialen** im Berichtszeitraum um 1,7% auf 1.373,3 Mio EUR. Im Bereich Briefpost & Mail Solutions lag der Umsatz im Jahr 2014 bei 751,2 Mio EUR und damit mit minus 1% unter dem Niveau des Vorjahres. Der Basistrend einer rückläufigen Volumenentwicklung infolge der Substitution von Briefen durch elektronische Kommunikationsformen hält nach wie vor an. Rückgänge sind etwa im Kundensegment Banken zu verzeichnen. Diese Rückgänge konnten jedoch durch weitere Umsatzzuwächse im Bereich Mail-Solutions zum Teil kompensiert werden. Ähnlich wie im Vorjahr lieferten auch im Jahr 2014 Wahlen positive Impulse, da die Möglichkeit der Briefwahl mittlerweile ein beliebtes Mittel der Stimmabgabe darstellt. Im Bereich Werbepost verringerte sich der Umsatz 2014 um 1,3% auf 372,8 Mio EUR. Grundsätzlich ist dieses Geschäftsfeld vom Ausmaß der Werbeaktivitäten der Kunden und damit unter anderem auch vom konjunkturellen Umfeld beeinflusst. Der Druck des Online-Handels auf den traditionellen Versandhandel und den stationären Handel führte hier bei einigen Kunden zu einer Reduktion ihrer Werbeaktivitäten. Darüber hinaus kam es in einigen Handelssegmenten auch zu Marktkonsolidierungen. Im Jahr 2013 hatten Wahlen und Volksbefragungen insgesamt etwas höhere Umsatzbeiträge geliefert. Der Umsatz mit Medienpost konnte um 1,0% auf 141,8 Mio EUR gesteigert werden. Gleichzeitig verringerte sich der Umsatz mit Filialdienstleistungen um 10,3% auf 107,4 Mio EUR. Eine veränderte Produkt- und Preispositionierung seitens der Vertragspartner führte hier zu einer Abnahme der Umsätze aus Mobilfunkprodukten und auch bei Finanzdienstleistungen für den Bankpartner BAWAG P.S.K. waren Rückgänge zu verzeichnen.

Der Umsatz der **Division Paket & Logistik** konnte 2014 um 5,4% auf 286,5 Mio EUR gesteigert werden. Ein stetiger Volumenanstieg ist zu verzeichnen. Der Anstieg beruht sowohl auf Marktanteilsgewinnen bei Business-to-Business (B2B)-Kunden als auch auf Steigerungen im Privatkundengeschäft. Ein Haupttreiber bei Privatkunden war der steigende Internethandel.

2.2 Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gewinn- und Verlustrechnung der Österreichischen Post AG zeigt für das Geschäftsjahr 2014 folgendes Bild:

Mio EUR	2013	2014	Veränderung 2013/2014	Struktur in %
Umsatzerlöse	1.668,7	1.659,8	-0,5%	100,0%
Aktiviert Eigenleistungen	0,6	0,9	52,2%	0,1%
Sonstige betriebliche Erträge	133,4	87,8	-34,2%	5,3%
Materialaufwand und Aufwand für bezogene Leistungen	-315,0	-309,2	-1,9%	-18,6%
Personalaufwand	-953,9	-993,4	4,1%	-59,8%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-228,8	-218,6	-4,5%	-13,2%
Beteiligungsergebnis	-24,5	-27,1	10,5%	-1,6%
Abschreibungen	-59,4	-62,9	5,9%	-3,8%
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT)	221,1	137,4	-37,9%	8,3%
Sonstiges Finanzergebnis	-5,5	3,4	-161,3%	0,2%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT)	215,6	140,8	-34,7%	8,5%
Verschmelzungsgewinn	0,0	13,1	-	0,8%
Steuern	-38,7	-46,1	19,2%	-2,8%
Jahresüberschuss	176,9	107,8	-39,1%	6,5%

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind gegenüber Vorjahr um 34,2% auf 87,8 Mio EUR gesunken. Im Vorjahr ist in den sonstigen betrieblichen Erträgen die Neubewertung der Liegenschaft Postgasse 8 zum Verkehrswert im Zusammenhang mit der Einlage in eine eigene Gesellschaft enthalten.

Der Aufwand für Material und bezogene Leistungen ist gegenüber dem Vorjahr um 1,9% auf 309,2 Mio EUR gesunken. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen reduzierten sich um 4,5% auf 218,6 Mio EUR.

Der Personalaufwand ist mit einem Anteil von 59,8% an den Umsatzerlösen der größte Aufwandsposten der Österreichischen Post AG und ist im Berichtszeitraum um 4,1% auf 993,4 Mio EUR gestiegen.

Das Beteiligungsergebnis reduzierte sich von minus 24,5 Mio EUR auf minus 27,1 Mio EUR im Geschäftsjahr 2014.

Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen der Österreichischen Post AG sind 2014 um 5,9% auf 62,9 Mio EUR gestiegen.

Das Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT) der Österreichischen Post AG reduzierte sich 2014 auf 137,4 Mio EUR. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) betrug im Geschäftsjahr 2014 140,8 Mio EUR. Nach Hinzurechnung des Gewinns aus der Verschmelzung PDG Post Dienstleistungs Gesellschaft mbH und nach Abzug von Steuern im Ausmaß von 46,1 Mio EUR ergibt sich ein Jahresüberschuss in Höhe von 107,8 Mio EUR. Unter Berücksichtigung der Auflösung von un versteuerten Rücklagen sowie des Gewinnvortrages betrug der Bilanzgewinn 168,6 Mio EUR.

2.3 Vermögens- und Finanzlage

Die Österreichische Post AG setzt auf eine konservative Bilanz- und Finanzierungsstruktur. Dies zeigt sich vor allem an der hohen Eigenkapitalquote, den geringen Finanzverbindlichkeiten und der Veranlagung von Zahlungsmitteln mit möglichst geringem Risiko.

Die Bilanz der Österreichischen Post AG für das Geschäftsjahr 2014 weist folgende Struktur auf:

Mio EUR	31.12.2013	31.12.2014	Struktur 31.12.2014 in %
Aktiva			
Sachanlagevermögen und immaterielles Vermögen	408,9	415,5	26,2%
Finanzanlagen	683,7	585,5	36,9%
Vorräte, Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände und Rechnungsabgrenzungsposten	304,6	342,4	21,6%
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	213,4	243,5	15,3%
	1.610,6	1.587,0	100,0%
Passiva			
Eigenkapital	707,1	686,9	43,3%
Unversteuerte Rücklagen	15,4	15,0	0,9%
Rückstellungen	593,5	598,3	37,7%
Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten	294,7	288,7	18,1%
	1.610,6	1.587,0	100,0%

Die Position Sachanlagevermögen und immaterielles Vermögen erhöhte sich gegenüber 2013 um 6,6 Mio EUR auf 415,5 Mio EUR. Die größten Posten des Sachanlagevermögens sind Grundstücke und Bauten mit einem Buchwert von 223,1 Mio EUR (31.12.2013: 214,9 Mio EUR) sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung mit 106,4 Mio EUR (31.12.2013: 107,8 Mio EUR).

Die Finanzanlagen in Höhe von 585,5 Mio EUR beinhalten Anteile an verbundenen Unternehmen sowie Wertpapiere des Anlagevermögens. Der Rückgang im Geschäftsjahr 2014 ist im Wesentlichen auf den Verkauf der Gesellschaft Postgasse 8 Entwicklungs AG & Co OG im Dezember 2014 sowie außerplanmäßige Abschreibungen auf Beteiligungen im Zusammenhang mit der trans-o-flex Gruppe Deutschland zurückzuführen.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände enthalten insbesondere Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 152,5 Mio EUR (31.12.2013: 167,7 Mio EUR), Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 64,3 Mio EUR (31.12.2013: 69,8 Mio EUR) sowie sonstige Forderungen in Höhe von 69,5 Mio EUR.

Die Bilanzposition Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten ist im Geschäftsjahr 2014 auf von 213,4 Mio EUR auf 243,5 Mio EUR gestiegen.

Auf Basis des Eigenkapitals von 686,9 Mio EUR und der unversteuerten Rücklagen von 15,0 Mio EUR ergibt sich zum 31. Dezember 2014 eine Eigenkapitalquote von 44,2% (Vorjahr 44,9%).

Die Rückstellungen in Höhe von 598,3 Mio EUR sind größtenteils langfristig und beinhalten unter anderem Rückstellungen für Abfertigungen und Jubiläumsgelder. Für Personalaufwendungen von unkündbaren Mitarbeitern (vor allem beamtete Mitarbeiter), die im Rahmen des laufenden Post-internen Organisationsprozesses zur Anpassung an die sich ändernden Marktbedingungen ihren Arbeitsplatz verlieren und im Unternehmen nicht mehr oder nur mehr in einem untergeordnetem Ausmaß zur Leistungserbringung eingesetzt werden können, wurde mit einer Rückstellung für Unterauslastung in Höhe von 194,3 Mio EUR (31.12.2013: 198,9 Mio EUR) vorgesorgt. In der



Rückstellung für Unterauslastung ist in Höhe von 10,2 Mio EUR (31.12.2013: 4,3 Mio EUR) für Mitarbeiter, die sich im Programm zum möglichen Ressortwechsel in verschiedene Bundesministerien befinden, vorgesorgt. Dabei werden Ansprüche für Mitarbeiter, die einem Wechsel bereits zugestimmt haben, für einen bestimmten festgelegten Zeitraum übernommen und entsprechend rückgestellt.

Die Verbindlichkeiten und passiven Rechnungsabgrenzungsposten der Österreichischen Post AG betragen zum 31. Dezember 2014 286,7 Mio EUR.

2.4 Bericht über Zweigniederlassungen

Die Österreichische Post AG unterhält keine Zweigniederlassungen.

2.5 Finanzielle und nicht-finanzielle Leistungsindikatoren

2.5.1 Cashflow

Mio EUR	2013	2014
Cashflow aus dem Ergebnis	212,4	179,6
+/- Veränderungen im Nettoumlaufvermögen	-8,3	15,6
= Cashflow aus Geschäftstätigkeit	204,1	195,2
+/- Cashflow aus Investitionstätigkeit	-152,9	-48,4
= Free Cashflow	51,2	146,8
+/- Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-130,6	-117,1
= Nettoveränderung liquider Mittel ¹⁾	-79,4	29,7

¹⁾ nach Verschmelzungen

2.5.2 Ergebnis- und wertorientierte Kennzahlen

	2013	2014
EBIT-Marge ¹⁾	13,3%	7,5%
ROE ²⁾	32,7%	26,9%
ROCE ³⁾	28,9%	15,1%
Ø Capital Employed ⁴⁾	768,4 Mio EUR	828,6 Mio. EUR

¹⁾ EBIT-Marge = EBIT/Umsatz

²⁾ Return on Equity = Jahresüberschuss/Eigenkapital + unversteuerte Rücklagen (bereinigt um latente Steuern) zum 1. Jänner abzüglich im Geschäftsjahr geflossener Dividende

³⁾ Return on Capital Employed = EBIT/durchschnittliches Capital Employed

⁴⁾ Capital Employed = Immaterielle Vermögensgegenstände + Sachanlagevermögen + Anteile an verbundenen Unternehmen + Beteiligungen + Vorräte + Forderungen (abzüglich verzinsliche Forderungen) + Aktive Rechnungsabgrenzung – unverzinsliches Fremdkapital

2.5.3 Mitarbeiter

Der durchschnittliche Personalstand der Österreichischen Post AG reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um 548 auf 18.403 Mitarbeiter (Vollzeitkräfte). Der überwiegende Teil der Mitarbeiter ist in der Division Brief, Werbepost & Filialen beschäftigt.

Mitarbeiter nach Divisionen	2013	2014	Anteil in %
Brief, Werbepost & Filialen	15.592	15.037	82,3%
Paket & Logistik	1.510	1.547	8,4%
Corporate	1.849	1.819	9,7%
Gesamt	18.951	18.403	100,0%



2.5.4 Arbeitnehmerschutz und Gesundheitsförderung

Für die Österreichische Post AG als Dienstleistungsunternehmen stellen motivierte und gesunde Mitarbeiter einen entscheidenden Erfolgsfaktor dar. Um die Arbeitsfähigkeit der Mitarbeiter auch bis in ein höheres Alter gut zu erhalten, muss ein attraktiver Arbeitgeber ein sicheres und motivierendes Arbeitsumfeld schaffen. Daher arbeitet die Österreichische Post AG an der Gestaltung einer gesundheitsfördernden und ergonomischen Arbeitsumgebung sowie an behinderten- und alter(n)sgerechten Arbeitsplätzen. Zum Erhalt ihrer eigenen Gesundheit sind auch die Mitarbeiter selbst gefordert – hier unterstützt die Österreichische Post AG durch gezielte Angebote in den Bereichen Bewegung, Ernährung, seelische Gesundheit und Suchtprävention, sowie mit zielgruppen- und themenspezifischen Gesundheitsförderungsprogrammen. Im Jahr 2014 lag der Schwerpunkt in der Weiterentwicklung des Projekts „Gesundes Herz und Du“. An rund 120 Standorten führten die Arbeitsmediziner der Post Gesundheitsberatungen durch. Dabei konnten die Mitarbeiter ihren Blutdruck messen sowie Blutzucker- und Cholesterinwerte bestimmen lassen. In vertraulichen persönlichen Gesprächen wurden sie zudem über ihr Herz-Kreislauf-Risiko beraten.

2.5.5 Aus- und Weiterbildung

Die zielgruppen- und kompetenzorientierte Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter bildet einen wichtigen Schwerpunkt im Personalmanagement der Österreichischen Post AG. Die hier umgesetzten Maßnahmen beinhalten Fachschulungen, Weiterbildungskurse, Coachings und Trainings in allen Fachbereichen des Unternehmens.

Wenn es darum geht, Mitarbeiterpotenziale zu erkennen und ihre Fähigkeiten durch individuelle Förderung auszubauen, sind im ersten Schritt die Führungskräfte gefordert. Daher setzt die Österreichische Post AG seit dem Jahr 2012 auch einen Schwerpunkt auf die Ausbildung von Führungskräften im Rahmen ihrer Führungsakademie. Deren Ziel besteht darin, leitende Mitarbeiter und Schlüsselkräfte mit einem maßgeschneiderten Programm bei der Umsetzung der Führungsleitlinien zu unterstützen. Die vier zielgruppengerechten Programme zur Weiterentwicklung der Führungskräfte wurden 2014 fortgesetzt.

2.5.6 Vielfalt und Chancengleichheit

Im Rahmen ihres Diversity-Managements sieht die Post die Vielfalt unter ihren Mitarbeitern explizit als förderungswert und nutzt diese konstruktiv. Dies bezieht sich einerseits auf äußerlich wahrnehmbare Unterschiede wie Geschlecht, Ethnie, Alter oder Behinderung, andererseits aber auch auf subjektive Unterschiede wie Religion oder Lebensstil. Die Österreichische Post AG möchte die individuelle Verschiedenheit der Mitarbeiter nicht nur respektieren, sondern diese im Sinn einer positiven Wertschätzung besonders hervorheben. Ziele sind eine produktive Gesamtatmosphäre im Unternehmen zu schaffen, soziale Diskriminierungen von Minderheiten zu verhindern und die Bedingungen für Chancengleichheit zu verbessern. Denn die Österreichische Post AG legt in allen Unternehmensbereichen großen Wert auf Chancengleichheit am Arbeitsplatz und tritt daher jeder Form von Diskriminierung, Mobbing und sexueller Belästigung entschieden entgegen. Bereits 2013 hat die Österreichische Post AG die „Charta der Vielfalt“ unterzeichnet und trägt seither mit dieser freiwilligen Selbstverpflichtung im Rahmen ihres Diversity-Managements zu mehr Toleranz, Fairness und Wertschätzung bei.

2.5.7 Umwelt

Die Österreichische Post AG ist sich auch ihrer Verantwortung gegenüber der Umwelt bewusst und sucht daher laufend nach Optimierungspotenzialen, um ihren ökologischen Fußabdruck zu minimieren. Auch im Jahr 2014 hat die Österreichische Post AG im Rahmen ihrer Initiative CO₂ NEUTRAL ZUGESTELLT alle Briefe, Pakete und Werbesendungen in Österreich ausnahmslos CO₂-neutral zugestellt. Diese Initiative wird in einem Drei-Stufen-Programm umgesetzt: Oberste Priorität hat immer die Vermeidung von Emissionen in den eigenen Kernprozessen. Dies betrifft vor allem die Bereiche Fuhrpark und Gebäude und wird etwa durch optimierte Routenplanung, eine moderne Fahrzeugflotte sowie Schulungen der Fahrer bzw. durch Monitoring des Energieverbrauchs in Gebäuden und die Optimierung der Gebäudenutzflächen verwirklicht. In einem zweiten Schritt setzt die Österreichische Post AG auf alternative Energieformen. Auch 2014 wurde etwa der E-Fuhrpark bedeutend ausgebaut und umfasste Ende des Jahres bereits 862 E-Fahrzeuge. Darüber hinaus bezieht die Österreichische Post AG seit 2012 nur noch Strom aus erneuerbaren Energiequellen und betreibt auf dem Dach des Briefzentrums Wien und des Logistikzentrums Allhaming jeweils eine Photovoltaikanlage. Die Anlagen produzieren gemeinsam rund 1,3 Millionen Kilowattstunden Strom jährlich. Auf der dritten Ebene werden schließlich alle



Emissionen, die derzeit noch nicht vermieden werden können, durch die Unterstützung anerkannter und zertifizierter nationaler und internationaler Klimaschutzprojekte mit hoher ökologischer und sozioökonomischer Wirkung kompensiert. Die gesamte Initiative wird regelmäßig von Sachverständigen des TÜV AUSTRIA geprüft.

2.5.8 Forschung und Entwicklung/Innovationsmanagement

Ein wesentlicher Schlüssel zum Erfolg in sich verändernden Märkten liegt in der Entwicklung und Markteinführung innovativer Produkte sowie der Erweiterung der bestehenden Produktpalette aus dem Kerngeschäft heraus. Die Österreichische Post AG hat im Geschäftsjahr 2014 eine Vielzahl solcher Lösungen einerseits im Bereich ihrer Online-Services und andererseits im Bereich ihrer Servicedienstleistungen umgesetzt.

Im Rahmen der Brief- und Paketdienstleistungen entwickelte die Österreichische Post AG ihre Lösungen vor allem in den Bereichen elektronische Post und mobile Services („Post-App“) weiter. Die Online-Services der Post zeichnen sich dabei durch ein hohes Maß an Sicherheit und Vertrauenswürdigkeit aus. Im Bereich Mail Solutions wird speziell an innovativen Lösungen zur Optimierung von Geschäftsprozessen und zur Steigerung der Werbeeffizienz von Business-Kunden gearbeitet. Der Fokus liegt hier unter anderem auf dualem Versand und Empfang (digital/physisch), effizientem Poststellenmanagement, digitalem Dokumentenmanagement und integrierten Druckdienstleistungen sowie wirkungsvollen CRM-Anwendungen (Geomarketing, Adressmanagement etc.). Im Bereich Logistik Services entwickelt die Österreichische Post AG zudem laufend maßgeschneiderte Kundenlösungen für Warehousing und Fulfillment sowie diverse „Value Added Services“. Diese Lösungen sorgen in Verbindung mit innovativen Online-Services für mehr Effizienz, höhere Flexibilität und generell für eine kundenorientierte Optimierung von Kommunikation und Distribution.

Neben ihren eigenen Entwicklungsaktivitäten kooperiert die Österreichische Post AG seit dem Jahr 2013 mit namhaften österreichischen Universitäten und Fachhochschulen einzugehen. Ziel dieser Zusammenarbeit ist es, den Fokus auf Innovationen weiter zu verstärken und in der Entwicklung von Produkten und Services auf wissenschaftlich fundierte Ergebnisse zurückgreifen zu können.

Mit der Karl-Franzens-Universität Graz läuft derzeit etwa ein Forschungsprojekt zum Thema „Last-Mile-Logistik und mobile Kommunikation“. Dadurch sollen in Zukunft sowohl der Zustellprozess optimiert als auch die Erstzustellquote weiter verbessert werden. Dafür werden ein weltweites Monitoring innovativer Lösungen für die Last-Mile-Logistik durchgeführt, tragfähige Geschäftsmodelle rund um neuartige technologische Lösungen ausgearbeitet und deren Kundenakzeptanz analysiert. Das gemeinsam mit dem Logistikum der FH Oberösterreich in Steyr durchgeführte Forschungsprojekt „food4all@home“ klärte, wie eine flächendeckende Hauszustellung von Gütern des täglichen Bedarfs funktionieren kann. Abgesehen von einer Überprüfung der Machbarkeit war es auch Ziel des Projekts die Wirtschaftlichkeit sowie die zu erwartende Akzeptanz auf dem Markt zu testen.

Im Juni 2014 hat die Österreichische Post AG zudem erstmals einen „Innovationstag“ veranstaltet. Mehrere Start-up-Unternehmen hatten dort die Möglichkeit, vor Führungskräften der Post ihre Geschäftsideen zu präsentieren. In gemeinsamen Workshops wurde anschließend über mögliche Anwendungsfelder der innovativen Ideen diskutiert und ebenso darüber, wie Innovationen bei der Post vorangetrieben werden können.

2.5.9 Zustellqualität

Die Österreichische Post AG hat es sich zum Ziel gesetzt, Anbieter hochqualitativer Dienstleistungen zu sein. In Österreich bestehen im Rahmen des Universaldienstes folgende strenge Auflagen für die Zustellgeschwindigkeit von Briefen und Paketen: Zustellung von 95% aller Briefe am nächsten Werktag bzw. von 90% aller Pakete innerhalb von zwei Werktagen. Mit einer Rate von 96,3% für die am ersten Werktag nach Einlieferung zugestellten Briefe hat die Österreichische Post AG die gesetzliche Vorgabe auch 2014 wieder übererfüllt.

Bei der Paketzustellung im Rahmen des Universaldienstes (primär Privatpakete) konnte mit 97,5% Beförderung innerhalb von zwei Werktagen das gesetzliche Ziel sogar deutlich übertroffen werden. Auch bei den internationalen Sendungen (Inbound) bietet die Österreichische Post AG eine im europäischen Vergleich überdurchschnittliche Zustellqualität.



Im Bereich der Erstzustellquote von bescheinigten Briefen und Paketen konnten die guten Werte des Vorjahres im Briefbereich stabil gehalten bzw. im Paketbereich sogar leicht übertroffen werden. Die Erstzustellquote ist ein für die Kundenzufriedenheit sehr wichtiger Faktor. So konnten im Jahr 2014 88,7% der Pakete beim ersten Versuch erfolgreich zugestellt werden, bei den bescheinigten Briefen lag der Wert bei 77,4%.

2.5.10 Kundenzufriedenheit

Im Berichtsjahr wurde die Kundenzufriedenheit quartalsweise erhoben. Partner der Österreichischen Post AG in der Marktforschung ist hier das renommierte Institut für Empirische Sozialforschung IFES. Mittels repräsentativer Befragungen mit einer Sample-Größe von n = 1.000 pro Welle wird der „Customer Satisfaction Index“ (CSI) ermittelt, der sich aus Kundenzufriedenheit und Kundenbindung zusammensetzt. Der durchschnittliche CSI im Jahr 2014 liegt mit einem Wert von 68 im guten Bereich und erneut einen Indexpunkt über dem Vorjahr. Über die vier Quartale gesehen schwankt der Index nur geringfügig zwischen 66 und 69. Im ersten und vierten Quartal 2014 wurden sogar die bisher höchsten Werte erzielt, wobei besonders junge Menschen zu den zufriedensten Kunden zählen. Sehr gute Bewertungen erhalten die Post-Geschäftsstellen sowie die Zustellung.

Die Zufriedenheit mit der Zustellung ist im Jahresverlauf leicht gestiegen. Sowohl Brief- als auch Paketzustellung erhalten sehr gute Werte, die Zusteller selbst liegen im ausgezeichneten Beurteilungsspektrum. Im Briefbereich hat sich vor allem die Wahrnehmung des Zustellungszeitpunkts verbessert; dies ist der wichtigste Punkt für Briefempfänger. Im Paketbereich legen die Befragten besonderen Wert auf die Zustellgeschwindigkeit. Auch hier konnte eine Verbesserung erzielt werden.

Die Kundenzufriedenheitsmessung mittels CSI beurteilt Werte bis 50 Punkte als kritisch, Werte zwischen 51 und 60 Punkten als mäßig, ab 61 Punkten wird von einem guten Wert gesprochen. 71 Punkte und mehr sind sehr gut; ausgezeichnet bedeuten 81 Punkte bis zum Höchstwert von 100.

2.5.11 Versorgungssicherheit

Neben der Verpflichtung, täglich Post-Dienstleistungen für jeden Haushalt in ganz Österreich in höchster Qualität und zu einem einheitlichen Preis zu liefern, umfassen die Verpflichtungen des Universaldienstes auch ein flächendeckendes Standortnetz mit mindestens 1.650 Geschäftsstellen. Auch hier übertrifft die Österreichische Post AG – im Sinn der optimalen Versorgung ihrer Kunden – die Vorgaben: Insgesamt 1.826 Standorte umfasst das Geschäftsstellennetz mit Ende 2014 und zählt damit zu den größten Privatkundennetzen des Landes. Die Österreichische Post AG ist also wortwörtlich immer in der Nähe ihrer Kunden.

Da das Postgeschäft großen Veränderungen unterworfen ist, erfordern ständig neue Rahmenbedingungen laufend kundenorientierte Anpassungen vonseiten der Post, um die Versorgung der österreichischen Bevölkerung mit Postdienstleistungen auch langfristig gewährleisten zu können. Eine wesentliche Maßnahme stellt dabei der Umbau des Standortnetzes der Post dar, der auch im vergangenen Jahr konsequent vorangetrieben wurde. Zentrales Element dabei ist das sehr erfolgreiche Post Partner-Konzept. Insgesamt 1.306 Post Partner - Lebensmittegeschäfte, Tankstellen, Trafiken, Gemeindeämter und viele andere mehr – sorgen hier für eine optimale regionale Erreichbarkeit der Post.



2.6 Besondere Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Im Februar 2014 beantragte das Gemeinschaftsunternehmen MEILLERGHP beim Amtsgericht Amberg, Deutschland, die Eröffnung eines Sanierungsinsolvenzverfahrens („Schutzschirmverfahren“). Mit Beschluss vom 2. Jänner 2015 wurde seitens des Amtsgerichts der Insolvenzplan bestätigt und das Verfahren mit Beschluss vom 11. Februar 2015 zum 15. Februar 2015 aufgehoben und somit erfolgreich beendet. Mit 20. Februar 2015 hat die Österreichische Post nunmehr ihre Anteile an dem Gemeinschaftsunternehmen MEILLERGHP verkauft. Der Gesamtbetrag der erhaltenen Gegenleistung war unwesentlich.

Die Österreichische Post AG hat im Oktober 2014 ihrem Vertragspartner eine Option auf die vorzeitigen Beendigung der Cross Border Leasing Transaktion für Sortieranlagen aus dem Jahr 2002 eingeräumt, die am 23. Februar 2015 gezogen wurde. Die Entscheidung, ob es tatsächlich zu einer vorzeitigen Auflösung der Transaktion kommt, liegt beim Vertragspartner. Im Falle der vorzeitigen Auflösung der Transaktion entfallen die für die Österreichische Post AG derzeit noch bestehenden Restrisiken, ohne dass es zu wirtschaftlichen Nachteilen kommt.

Elektronic Copy



3. Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens / Ausblick

Positive Umsatzentwicklung angepeilt

Aufgrund der vorliegenden Wirtschaftsdaten ist für die Kernregion der Österreichischen Post AG mit einer leicht positiven Wirtschaftsentwicklung zu rechnen. Sowohl für Österreich, Deutschland als auch die meisten Länder Südost-/Osteuropas liegen verbesserte Konjunkturdaten vor. Die aktuellen Prognosen sind aufgrund des geo- und fiskalpolitischen Umfelds jedoch weiterhin mit Unsicherheit behaftet.

Generell ist davon auszugehen, dass sich die Basistrends des Brief- und Logistikmarktes der letzten Jahre auch im Jahr 2015 fortsetzen werden.

Das Geschäftsmodell der Österreichischen Post AG ist hinsichtlich der Umsatzentwicklung darauf ausgerichtet, Rückgänge im Briefbereich durch Zuwächse im Paketgeschäft zu kompensieren und auf dieser Grundlage Wachstumsraten von durchschnittlich 1–2% p. a. zu erzielen. Auch für das Jahr 2015 wird mit einem Anstieg des Umsatzes in dieser Größenordnung gerechnet.

Grundlage dieser Einschätzung ist eine Fortsetzung der Basistrends in der Volumenentwicklung. Der Briefumsatz wird auch weiterhin von einem kontinuierlichen Mengenrückgang bei adressierten Sendungen aufgrund der elektronischen Substitution geprägt sein. Gemäß internationalen Trends muss im adressierten Briefbereich mit kontinuierlichen Rückgängen von 3–5% p.a. gerechnet werden. Ein Prozentpunkt mehr oder weniger an Volumenrückgang durch elektronische Substitution bedeutet für die Österreichische Post im Bereich Briefpost eine Umsatzabweichung von ca. 7 Mio EUR. Der Markt für adressierte und unadressierte Werbesendungen wird weiterhin eine differenzierte Volumenentwicklung zeigen. Einige Kundensegmente, wie etwa der traditionelle Versandhandel und der stationäre Handel, stehen durch zunehmende Aktivitäten der Online-Händler unter Druck; dies könnte zu einer weiteren Reduktion der Werbeaktivitäten führen. Zudem besteht weiterhin das Risiko des Wegfalls von Umsätzen einzelner Kunden durch die Marktkonzentration im Bereich Handelsbereich.

Die Entwicklung im Bereich Paket & Logistik wird ebenfalls von zwei Trends dominiert. Im Privatkundenbereich ist auch weiterhin – je nach Region – von einem Wachstum von 3–6% auszugehen. Triebfeder dieses Anstiegs ist der stetig wachsende Online-Handel. Im Bereich Business-Paket ist eine positive Entwicklung von einer stabilen Konjunktur- und Wettbewerbssituation abhängig. Aufgrund der gedämpften Konjunkturaussichten sind hier derzeit kaum Impulse zu erwarten. Vor allem im internationalen Paketgeschäft gilt es, die gute Marktposition zu nutzen und daraus resultierende Chancen zu ergreifen.

Um ihre starke Marktposition abzusichern, wird die Österreichische Post AG auch in Zukunft Investitionen zur Erhöhung des Kundenkomforts und der Servicequalität konsequent forcieren. Zur Aufrechterhaltung der Innovationskraft wird es – angesichts seit der letzten Tarifreform im Jahr 2011 inflationsbedingt steigender Faktorkosten – mit 1. März 2015 zu einer Anpassung der Preise im Briefbereich kommen. Im Paketbereich ist die Preisentwicklung von der Wettbewerbssituation im jeweiligen Markt geprägt.

Effizienzsteigerung zur Sicherung der Ergebnislage

Um die Effizienz der erbrachten Leistungen weiter zu erhöhen, verfolgt die Österreichische Post AG ein Maßnahmenprogramm mit dem Ziel einer stetigen Performance-Verbesserung. Sowohl in der Brief- wie auch in der Paketlogistik werden Strukturen und Prozesse optimiert. Auf Basis neuer Sortiertechnologien sollen Kosteneinsparungspotenziale konsequent realisiert werden.

Cashflow für Zukunftsinvestitionen und Dividenden

Der erwirtschaftete operative Cashflow wird auch in Zukunft umsichtig und zielgerichtet für nachhaltige Effizienzsteigerungen, Strukturmaßnahmen und Zukunftsinvestitionen eingesetzt. Die weiteren Investitionen dienen vor allem der Modernisierung, dem Ersatz bestehender Anlagen und Fahrzeuge sowie der Kapazitätserweiterung im Paketgeschäft. Auch 2015 sind daher operative Sachanlageninvestitionen von 80-90 Mio EUR in Sortiertechnik, Logistik und Kundenlösungen geplant. Darüber hinaus wird mit dem Bau der neuen Unternehmenszentrale im



dritten Wiener Gemeindebezirk begonnen, die im Jahr 2017 fertiggestellt werden soll. Mit diesem Neubau wird eine im Besitz der Österreichischen Post AG befindliche Liegenschaft nach den Grundsätzen der Effizienz und Wertmaximierung entwickelt.

Für das Geschäftsjahr 2014 wird der Vorstand der Österreichischen Post AG der nächsten Hauptversammlung am 15. April 2015 die Ausschüttung einer Dividende von 1,95 EUR je Aktie vorschlagen. Damit setzt das Unternehmen auf der Grundlage seiner soliden Bilanzstruktur und der erwirtschafteten Cashflows seine attraktive Dividendenpolitik weiter fort: Die Österreichische Post AG möchte zumindest 75% des Nettoergebnisses an die Aktionäre ausschütten.

ELECTRONIC COPY



4. Wesentliche Risiken und Ungewissheiten

4.1 Risikomanagement

Die Österreichische Post AG betreibt ein umfangreiches Risikomanagement, in das alle Unternehmenseinheiten sowie Konzerngesellschaften einbezogen sind. Das Ziel des Risikomanagements ist es, die Risiken frühzeitig zu erkennen und durch geeignete Maßnahmen so zu steuern, dass die Abweichung von den Unternehmenszielen möglichst gering gehalten wird. Risiken werden nach einheitlichen Grundsätzen in ihrem Gesamtzusammenhang identifiziert, bewertet, überwacht und in einem unternehmensweiten Risikomanagementsystem dokumentiert. Der Vorstand definiert die Risikostrategie und -politik des Unternehmens und legt die Rahmenbedingungen des Risikomanagementsystems fest.

Die wichtigsten Schritte des Risikomanagementprozesses sind:

1. Identifizierung und Bewertung: Risiken sind definiert als potenzielle Abweichung vom mittelfristig geplanten Unternehmensergebnis. Quartalsweise analysieren die Risikomanager der jeweiligen Unternehmensbereiche ihre Risikosituation. Für jedes identifizierte Risiko wird ein Verantwortlicher festgelegt, der die Bewertung, die Steuerung und die Überwachung durchführt. Bei der Bewertung werden die Risiken so weit wie möglich gemäß den Dimensionen Auswirkung und Eintrittswahrscheinlichkeit quantifiziert. Nicht quantifizierbare Risiken werden anhand definierter qualitativer Klassen bewertet. Zusätzlich prüft das zentrale Risikomanagement zyklisch die einzelnen Unternehmensbereiche in Form eines proaktiven Risiko-Assessments hinsichtlich ihrer Risiken. Die Ergebnisse der Identifizierung und Bewertung werden in der IT-Anwendung des Risikomanagementsystems dokumentiert.

2. Aggregation und Reporting: Das zentrale Risikomanagement sammelt und überprüft die identifizierten und bewerteten Risiken. Die finanziellen Effekte möglicher Überschneidungen werden in der Aggregation berücksichtigt. Im Anschluss werden die Risiken in einem Risiko-Gremium analysiert und plausibilisiert. Das Risiko-Gremium setzt sich aus Vertretern des Controllings, der Rechtsabteilung, der Strategieabteilung, des Rechnungswesens sowie aus Vertretern der operativen Bereiche zusammen. Die Ergebnisse des Risiko-Gremiums fließen in den quartalsweisen Bericht des zentralen Risikomanagements über die Risiken und deren Entwicklung an den Vorstand ein. Unerwartet auftretende Risiken werden dem Vorstand unmittelbar (ad hoc) berichtet. Zum Status des Risikomanagements werden der Aufsichtsrat und der Prüfungsausschuss ebenfalls regelmäßig informiert.

3. Maßnahmengestaltung: Die Risikosteuerung erfolgt durch die Festlegung geeigneter Maßnahmen mit dem Ziel, die Risiken zu vermeiden, zu reduzieren oder auf Dritte zu übertragen. Die Unternehmensbereiche prüfen hierzu die in Frage kommenden Maßnahmen mittels Kosten-Nutzen-Analysen und implementieren diese anschließend. Die Maßnahmen werden im Zuge der quartalsweisen Analyse durch die Risikomanager überwacht und angepasst.

4. Überwachung und Kontrolle: In Anlehnung an den Österreichischen Corporate Governance Kodex wird die Funktionsfähigkeit des Risikomanagementsystems jährlich durch den Wirtschaftsprüfer beurteilt. Des Weiteren wurde die Konzeption, Angemessenheit und Wirksamkeit des Risikomanagementsystems durch einen externen Auditor evaluiert.

4.2 Top Risiken

4.2.1 E-Substitution klassischer Briefsendungen

Klassische Briefsendungen werden zunehmend durch elektronische Medien ersetzt. Der Trend zur elektronischen Substitution von Briefen, insbesondere zur elektronischen Zustellung wird auch weiterhin fortbestehen. Diese Entwicklung, die vom Gesetzgeber gefördert wird, kann zu nicht unerheblichen Volumentrüben und damit Ergebnisbeeinträchtigungen führen. Ein Rückgang des Umsatzes der Österreichischen Post AG im Bereich Briefpost von einem Prozentpunkt führt zu einem negativen Umsatzeffekt von rund 7 Mio EUR pro Jahr, der aufgrund der Fixkostenstruktur des Unternehmens kurz- bis mittelfristig großteils ergebnismindernd wirken würde. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass infolge von Änderungen der gesetzlichen Zustellvorschriften für behördliche Sendungen ein Teil dieser Sendungen nicht mehr über die Österreichische Post AG zugestellt wird.

Dem Mengenrückgang infolge der Substitution von Briefsendungen durch elektronische Medien wird mit neuen Produkten und Dienstleistungen entgegengewirkt. Die Diversifikation auf mehrere Märkte trägt dazu bei, Risiken einzelner Branchen weit zu streuen bzw. gering zu halten.

4.2.2 Strukturveränderung bei Werbemengen

Bedingt durch die in den vergangenen Jahren anhaltende Wirtschaftskrise war ein zunehmender Trend der Marktkonzentration (Konkurse, Firmenzusammenschlüsse) im Bereich Handel festzustellen. In Folge dessen kann es auch zu einer Strukturveränderung bei den Werbemitteln und -mengen, z.B. zu einer Reduktion der Flugblattwerbung kommen. Dies kann zu einem spürbaren Rückgang im Geschäft mit Werbesendungen und damit auch zu einer Beeinträchtigung des Ergebnisses führen.

4.2.3 Beteiligungen

Ein Bestandteil der Strategie der Österreichischen Post AG ist das Wachstum durch selektive Akquisitionen und Kooperationen. Dabei ist es wichtig, passende Akquisitionsziele zu finden und erworbene Unternehmen erfolgreich zu integrieren. Die Chancen und Risiken dieser Projekte sind in hohem Maß vom Investitionsvolumen bzw. von den Akquisitionspreisen sowie politischen, wirtschaftlichen und gesetzlichen Rahmenbedingungen abhängig. Darüber hinaus können Marktpreisrisiken, wie fluktuierende Fremdwährungskurse, Auswirkung auf die Werthaltigkeit von Beteiligungen haben. Die Rentabilität der Beteiligungen bzw. allenfalls erforderliche Abschreibungen können das Ergebnis der Österreichischen Post AG beeinflussen.

4.2.4 Struktur der Dienstverhältnisse

Ein Großteil der Mitarbeiter der Österreichischen Post AG steht in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis und unterliegt den Bestimmungen des Beamtendienstrechts. Daraus ergeben sich Besonderheiten im Zusammenhang mit der dienstrechtlichen Verwendung. Bei einem Großteil der Belegschaft kann es durch die bestehenden rechtlichen Bedingungen im Fall von Mengenverlusten zu keiner Kapazitätsanpassung kommen, ebenso ist keine Anpassung des Gehaltsniveaus an eventuell ungünstigere Marktbedingungen möglich. Das Beamtendienstrecht führt damit insgesamt zu geringer Kostenflexibilität.

Die Österreichische Post AG ist im Hinblick auf den liberalisierten Markt zunehmend mit den Grenzen der dienstrechtlichen Verwendungsmöglichkeiten für die ihr zugewiesenen Beamten konfrontiert. Die Lösung dieser Problematik nimmt im Dialog mit dem verantwortlichen Gesetzgeber eine bedeutende Rolle ein.

Aus den laufenden Änderungen des Beamtendienstrechts können sich für die Österreichische Post AG, soweit diese Regelungen nicht auf die spezielle Wettbewerbssituation der Österreichischen Post AG Rücksicht nehmen, zusätzliche Belastungen und unerwartete Mehrkosten ergeben, auf deren Entstehen die Österreichische Post AG keinen Einfluss hat.

4.3 Allgemeine und sonstige Risiken

Die Österreichische Post AG unterliegt wie jedes Unternehmen einer Reihe von Risiken die sich aus der Branche bzw. dem Marktumfeld ergeben. Diese Risiken werden mit Maßnahmen, die dem Stand der Technik entsprechen, auf wirtschaftliche Art und Weise minimiert, können aber nicht vollkommen ausgeschlossen werden.

4.3.1 Markt- und Wettbewerbsrisiken

Die Österreichische Post AG erwirtschaftet ihren Umsatz fast ausschließlich in Österreich. Sollten sich die aktuellen Prognosen zum Wirtschaftswachstum verschlechtern, könnten Planungsprämissen verworfen werden müssen und damit die Planungssicherheit eingeschränkt werden.

Ferner erwirtschaftet das Unternehmen einen nicht unbedeutenden Anteil seines Umsatzes mit einer geringen Anzahl von Großkunden. Das wirtschaftlich erfolgreiche Weiterbestehen dieser Großkunden ist somit wesentlich für die stabile Entwicklung der Österreichischen Post AG. Großkunden sind vertraglich nicht verpflichtet, ihre Postsendungen von der Österreichischen Post AG befördern zu lassen, und könnten sich entscheiden, mittelfristig



zumindest einen Teil ihrer Postsendungen Wettbewerbern der Österreichischen Post AG zur Zustellung zu übergeben.

Das Paketgeschäft – hier nimmt die Österreichische Post AG eine führende Stellung im österreichischen Markt ein – ist zum einen von der wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Kunden und zum anderen von allfälligen Wettbewerbsverschärfungen durch das Auftreten weiterer alternativer Anbieter abhängig, sodass Umsatzeinbußen nicht ausgeschlossen werden können. Das Unternehmen ist deshalb bestrebt, Kunden durch attraktive Leistungsangebote an sich zu binden.

Im Filialnetz ist die Österreichische Post AG zum Teil von strategischen Partnern wie der BAWAG P.S.K. abhängig. Risiken, die auf diese Partnerschaften einwirken können, jedoch nicht im Einflussbereich der Österreichischen Post AG liegen, können auch zu Ergebnisbeeinträchtigungen aufseiten der Post führen. Die Österreichische Post AG ist bestrebt, solche Risiken laufend mit ihren Partnern abzustimmen und diesen gemeinsam – soweit möglich – entgegenzuwirken.

Der internationale Brief- und Paketmarkt ist durch zunehmende Wettbewerbsintensität gekennzeichnet. Vor allem im Briefmarkt kann dies zu Preisrückgängen führen, die durch Mengenwachstum nicht ausgeglichen werden können. Um hier mögliche Umsatzeinbußen zu kompensieren, werden in diesem Bereich verstärkt Effizienzsteigerungsprojekte durchgeführt.

Alle erwähnten Markt- und Wettbewerbsrisiken können zu nicht unerheblichen Volumenrückgängen und damit Ergebnisbeeinträchtigungen führen.

4.3.2 Beschaffungsrisiken

Die Beschaffungsrisiken der Österreichischen Post AG beschränken sich im Wesentlichen auf Schwankungen des Treibstoffpreises. Eine Erhöhung der Treibstoffpreise kann geringe negative Auswirkungen auf das Ergebnis haben.

4.3.3 Technische Risiken

Die Österreichische Post AG ist in hohem Maß auf die Verwendung von komplexen technischen Systemen angewiesen und setzt bei der Erbringung ihrer Dienstleistungen maßgeblich auf den Einsatz von Datenverarbeitungssystemen, modernen Kommunikationsmedien und anderen technischen Einrichtungen. Vor diesem Hintergrund hat die Österreichische Post AG in den vergangenen Jahren umfangreiche Investitionen vorgenommen, um ihr Verteil- und Zustellnetz zu modernisieren. Die Leistungserbringung des Unternehmens hängt dabei von der Funktionsfähigkeit weniger wichtiger Standorte ab. Sollten technische Systeme vorübergehend oder dauerhaft ausfallen oder sollte es zu unberechtigten Datenzugriffen und Datenmanipulationen kommen oder sollten längerfristige kollektive Arbeitsniederlegungen stattfinden, könnte dies zu Störungen des Geschäftsablaufs und zu Verlusten von Reputation und Kunden führen sowie zusätzliche Kosten verursachen.

Zur Bewältigung dieser technischen und operativen Risiken wurden Sicherheitsmaßnahmen, Prozesse und Regeln festgelegt, die verschiedene Eventualitäten abdecken und einen reibungslosen Ablauf sicherstellen sollen.

Im Betrieb von Rechenzentren verfolgt die Österreichische Post AG eine Outsourcing-Strategie. Durch entsprechende Vertragsgestaltung und gezieltes Servicelevel-Management wird die Verfügbarkeit aller outgesourceten Tätigkeiten abgesichert. Die Vertragspartner sind verpflichtet, einschlägige gültige Zertifizierungen vorzuweisen.

4.3.4 Finanzielle Risiken

Finanzielle Risiken der Österreichischen Post AG umfassen das Liquiditätsrisiko, das Kredit-/Kontrahenten- und Produktrisiko, das Zinsänderungsrisiko, sowie organisatorische Risiken. Das Währungsrisiko kann ebenfalls das Ergebnis beeinflussen. Eine detaillierte Darstellung der finanziellen Risiken findet sich im Anhang zum Jahresabschluss der Österreichischen Post AG.



4.3.5 Regulatorische und rechtliche Risiken

Mit Inkrafttreten des Postmarktgesetzes am 1. Jänner 2011 erfolgte die vollständige Öffnung des österreichischen Postmarktes. Daraus ergeben sich Risiken einer Marktanteilsveränderung. Die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Zeit nach der vollständigen Liberalisierung wurden mit dem Postmarktgesetz neu geregelt, welches mit 1. Jänner 2011 zur Gänze in Kraft getreten ist. Das Postmarktgesetz sieht in vielen Bereichen keine Gleichbehandlung zwischen der Österreichischen Post AG und ihren Mitbewerbern vor, sondern eine Mehrbelastung der Österreichischen Post AG.

Die Österreichische Post AG ist im Rahmen des Universaldienstes verpflichtet, in ganz Österreich ein Mindestangebot von Postdienstleistungen in vergleichbarer Qualität anzubieten und ein flächendeckendes Netz von mindestens 1.650 Post-Geschäftsstellen sicherzustellen. Mit eigenem Personal betriebene Post-Geschäftsstellen dürfen nur nach Durchführung eines behördlichen Verfahrens geschlossen werden, sodass nicht ausgeschlossen werden kann, dass die Österreichische Post AG – zumindest vorübergehend – zur Führung unrentabler Standorte verpflichtet ist.

Die Österreichische Post AG geht derzeit nicht davon aus, dass sie verpflichtet wird, ihren Mitbewerbern Zugang zu Teilleistungen einzuräumen. In einem solchen Fall könnten diese jedoch in besonders lukrativen Marktsegmenten Postdienstleistungen selbst erbringen und in weniger lukrativen Marktsegmenten zu regulierten Preisen auf Teilleistungen der Österreichischen Post AG zurückgreifen. Dies könnte zu erheblichen Ergebnisbeeinträchtigungen führen.

In der Öffentlichkeitsarbeit der Österreichischen Post AG nimmt die Thematik der Gleichbehandlung der Österreichischen Post AG mit anderen Marktteilnehmern im Dialog mit allen Stakeholdern großen Stellenwert ein. Das Unternehmen sieht es als seine Aufgabe, auf die ungenügende Abgeltung des Universaldienstes und die Problematik der asymmetrischen Marktöffnung hinzuweisen.

Die Österreichische Post AG unterliegt in der Gestaltung ihrer Geschäftsbedingungen (einschließlich ihrer Entgelte) im Universaldienst der Kontrolle durch die Regulierungsbehörde. Die Gesellschaft kann deshalb im Bereich des Universaldienstes nur eingeschränkt durch Preis Anpassungen auf Marktveränderungen reagieren. Unterschiedliche Definitionen der Grenzen des Universaldienstes zwischen der Regulierungsbehörde und dem Unternehmen können sich in der Gestaltung des Produktportfolios und der Preisfestsetzung niederschlagen.

Die kartellrechtliche Zulässigkeit von Vereinbarungen und Geschäftspraktiken der Österreichischen Post AG war in der Vergangenheit bereits Gegenstand kartellrechtlicher Untersuchungen und Verfahren. Sonstige rechtliche Risiken ergeben sich auch aus nicht vorhersehbaren Gerichtsverfahren mit Mitbewerbern, Kunden und Lieferanten.

Zur bestmöglichen Vermeidung von Ergebnisbeeinträchtigungen durch regulatorische und rechtliche Risiken ist die Österreichische Post AG bestrebt, in ihren Kernprozessen eine Erweiterung der Wertschöpfung und des Produktportfolios zu erzielen, um ihren Kunden noch bessere Leistungen anzubieten und eine Qualitätsoptimierung zu erreichen. Darüber hinaus beabsichtigt die Österreichische Post AG, vermehrt Umsätze im nicht regulierten Bereich zu erwirtschaften.

Über das regulatorische Umfeld im Postmarkt hinaus muss die Österreichische Post AG im Rahmen ihres ordentlichen Geschäftsbetriebs eine Vielzahl von rechtlichen Beschränkungen beachten. So sind die vertraglichen und faktischen Gestaltungsspielräume des Unternehmens etwa durch vergabe- und wettbewerbsrechtliche Regelungen eingeschränkt.

Nach dem Poststrukturgesetz 1996 sind Änderungen des Beamtendienstrechts, die für Bundesbeamte eingeführt werden, grundsätzlich auch auf die der Gesellschaft zugewiesenen Beamten anwendbar. Im Ergebnis können Änderungen des Beamtendienstrechts daher unmittelbar die Kostenstruktur der Gesellschaft verändern. Weiters können Risiken aufgrund unterschiedlicher Interpretationen des Poststrukturgesetzes grundsätzlich nicht ausgeschlossen werden. Bezüglich der allgemeinen Thematik der Festlegung des korrekten Vorrückungsstichtags



bei Beamten gab es die Forderung nach einer Anpassung, die zu einer negativen Auswirkung bei der Österreichischen Post AG führen könnte. Die österreichische Regierung hat einen Gesetzesentwurf eingebracht, der am 21. Jänner 2015 im Nationalrat beschlossen wurde. Das entsprechende Bundesgesetz ist mit 12. Februar 2015 in Kraft getreten. Mit der nun vorliegenden Reform wird ein neues Gehaltssystem implementiert, das keinerlei Anhängigkeiten vom Lebensalter eines Beamten mehr enthält. Damit ergibt sich für die Österreichische Post AG, dass zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2014 für die laufenden Anträge aktiver Beamter kein Rückstellungsbedarf besteht.

Weiters gibt es unterschiedliche Rechtsauffassungen zwischen Bund und Österreichischer Post AG betreffend der Berechnung der vom Unternehmen laufend an den Bund zu bezahlenden Pensionsbeiträge für aktive Beamte, die von der Österreichischen Post AG zum Bund gewechselt sind. Dadurch könnte es seitens des Bundes zu Nachforderungen gegenüber der Post, die über die bestehende Vorsorge hinausgehen, sowie zu erhöhten, zukünftigen Personalaufwendungen kommen.

4.4 Gesamtaussage zur Risikosituation

Die vorstehend beschriebenen Risiken des Unternehmens werden stetig beobachtet und bei Bedarf adaptiert. Aus heutiger Sicht ist der Bestand des Unternehmens dadurch jedoch nicht gefährdet.

4.5 Wesentliche Chancen

Da die Veränderungen, denen das Unternehmen ausgesetzt ist, auch zu positiven Zielabweichungen führen können, wird im Risikomanagementsystem ein weiterer Fokus auf die Erfassung und Steuerung der Chancen gelegt. Das Ziel ist es hier, Chancen aufzuzeigen und durch geeignete Maßnahmensetzung das entsprechende Potenzial zu verwirklichen. Die Identifizierung, Bewertung, Steuerung und das Reporting erfolgen gemäß dem oben dargestellten Prozess. Im Detail erfolgt die Erfassung einerseits im Rahmen der Mittelfristplanung durch den Bereichsplaner (Bottom-up) und andererseits durch gezielte Marktrecherche durch den Bereich Strategie (Top-down). Die Österreichische Post AG führt daher eine kontinuierliche Chançenevaluierung durch, um alle Potenziale wahrnehmen zu können. Im Jahr 2013 wurde zur Chançenerkennung ein neues strategisches Projekt „Post2016“ gestartet. Dieses beinhaltet mehrere Teilprojekte, mit dem Ziel Potenziale im Detail zu eruieren. Diese Projekte sollen unter Beachtung der vier strategischen Eckpfeiler nochmals wichtige Chancen für die Österreichische Post AG aufzeigen.

In der ersten strategischen Stoßrichtung – **Verteidigung der Marktführerschaft im Kerngeschäft** - wird die Erweiterung und Adaptierung des Produktportfolios im Segment Brief, Werbepost und Filialen gemäß den Anforderungen der Kunden als Chance betrachtet. Eine kontinuierliche E-Substitution wird in der Planung der Österreichischen Post AG bereits berücksichtigt, womit ein im Vergleich zu den ursprünglichen Annahmen langsames Voranschreiten des Rückgangs als Chance zu bewerten ist. Im Paketbereich werden die Potenziale neuer attraktiver Zustellmodelle wie Same-Day-Delivery laufend geprüft.

Im zweiten strategischen Feld – **Wachstum in definierten Märkten** – ergeben sich Chancen in den internationalen Beteiligungen in Wachstumsmärkte in Zentral- und Osteuropa sowie der Türkei. In Deutschland bieten sich besondere Chancen bei einer konsequenten Umsetzung der EU-Richtlinie GDP „Good Distribution Practice“.

In der dritten Stoßrichtung – **Effizienzsteigerung und Flexibilisierung der Kostenstruktur** - können durch Projekte wie „Operational Excellence“ und weitere Einkaufsinitiativen Impulse gesetzt und als Chance erkannt werden. Neue Teamstrukturen in der Verteilung können zu einer weiteren Effizienzsteigerung führen.

Für den vierten strategischen Eckpfeiler – **Kundenorientierung und Innovation** - ergeben sich beispielsweise Potenziale durch den Ausbau des Online- und Selbstbedienungsangebots sowie durch neue Geschäftsmodellen im Bereich E-Commerce



5. Internes Kontrollsystem und Risikomanagement im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Das interne Kontrollsystem (IKS) der Österreichischen Post AG im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess umfasst Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung, sowie der Einhaltung rechtlicher Vorschriften. Die klare Definition von Verantwortungsbereichen sowie systematische Kontrollen ermöglichen eine frühzeitige Risikoerkennung und gewährleisten eine ordnungsmäßige Rechnungslegung.

5.1 Kontrollumfeld

Die Funktionen der Bereiche Treasury, Finanz- und Rechnungswesen und Controlling sind klar getrennt und die Aufgaben und Verantwortungen geteilt. Im Bereich Rechnungswesen setzt sich die Aufbauorganisation aus dem Rechnungswesen am Sitz der Gesellschaft sowie dezentraler Datenerfassungsstellen zusammen.

Die Aufgabe des Rechnungswesens besteht in der zeitgerechten, vollständigen und ordnungsgemäßen Erfassung von Geschäftsfällen und deren Darstellung in Monats-, Quartals- und Jahresabschlüssen der Österreichischen Post AG.

Sämtliche Belege werden am Sitz der Gesellschaft elektronisch erfasst und dokumentiert weiterverarbeitet. Eingangsrechnungen werden in der zentralen Scanstelle elektronisch erfasst, die Belege in der Buchhaltung gebucht und zur Freigabe elektronisch weitergeleitet. Die Freigabe der Belege durch die jeweiligen Sachbearbeiter erfolgt im System. Dadurch ist eine elektronische Dokumentation der Freigabe der Belege gewährleistet.

Der Ablauforganisation der monatlichen Bilanzierung liegt ein strikter Terminplan zugrunde. Die Termine werden für ein Geschäftsjahr erstellt und unternehmensintern kommuniziert. Im Zuge der Bilanzierung melden die Verantwortlichen der Organisationseinheiten monatlich bilanzierungsrelevante Sachverhalte, für die im Unternehmen noch keine Belege vorliegen. Zusätzlich werden, um eine Vollständigkeit der Abschlüsse zu gewährleisten, in Durchsprachen mit den Divisionsleitern, den Leitern der Abteilungen Informationstechnologie, Konzernimmobilien und Konzerneinkauf, die wesentlichen bilanziellen Themen und Sachverhalte erörtert.

5.2 Risikobeurteilung

Die Risiken im Bereich Rechnungslegung umfassen die nicht vollständige Erfassung von bilanzierungsrelevanten Sachverhalten, Fehler in der Belegerfassung, Bewertungsfehler durch falsche Einschätzung von mit Unsicherheit behafteten Ereignissen bzw. fehlerhafte Berechnungen, unrichtiger Ausweis sowie verspätete Bilanzerstellung und Datenzugriff von unberechtigten Personen bzw. Datenmanipulation, Ausfall von IT-Systemen und Datenverlust.

5.3 Kontrollmaßnahmen

Zur Gewährleistung einer vollständigen, zeitgerechten und richtigen Bilanzerstellung wurden in allen am Rechnungslegungsprozess beteiligten Bereichen Qualitätssicherungsmaßnahmen implementiert. Die Anwendung unternehmensinterner Richtlinien (wie z. B. Bilanzierungshandbuch, Bilanzierungsrichtlinien) führt zu einer einheitlichen Behandlung der Geschäftsfälle und einer einheitlichen Bilanzierung, Bewertung und Berichterstattung. Diese Richtlinien und Anweisungen werden laufend aktualisiert.

Die Abschlüsse werden in SAP R3 als führendem System erstellt. Alle für die Rechnungslegung und Berichterstattung relevanten SAP Module kommen zum Einsatz. Die Systeme sind durch entsprechende Einrichtungen im EDV-Bereich gegen unbefugte Zugriffe geschützt.

Durch die eingesetzte Software finden automatisierte Prüfungen statt. Neben den automatisierten Kontrollen (wie Funktionstrennung, Rechnungsfreigabe, Rechnungsprüfung) existieren manuelle Kontrollen (z.B. durch Stichproben). Bei allen rechnungslegungsrelevanten Prozessen wird das Vier-Augen-Prinzip angewendet. Die Schlüsselprozesse wurden dokumentiert, standardisiert und mit Kontrollpunkten versehen. Diese klar definierten Überprüfungsmechanismen ermöglichen eine frühzeitige Risikoerkennung. Zusätzlich wird sichergestellt, dass die



Rechnungslegung im Einklang mit den gesetzlichen Vorschriften, den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung und internationalen Rechnungslegungsvorschriften steht.

5.4 Information und Kommunikation

Zu Zwecken der Überwachung und Kontrolle werden die Abschlüsse wesentlichen Führungsebenen der Österreichischen Post AG zur Verfügung gestellt.

Neben den gesetzlich vorgeschriebenen Abschlüssen werden interne Berichte, die weiterführende Erläuterungen zu ausgewählten Positionen und Kennzahlen enthalten, erstellt. Wesentlicher Bestandteil der internen Berichterstattung der Österreichischen Post AG ist die Datenanalyse und deren Auswertung. Diese beinhaltet unter anderem die Berechnung von Cashflows sowie dazugehörige detaillierte Erläuterungen.

Vom Controlling wird monatlich ein interner Beteiligungsbericht erstellt, der Informationen über die Entwicklung der einzelnen Konzernunternehmen enthält. Dieser Bericht wird ebenfalls dem Vorstand zur Verfügung gestellt.

Die Berichterstattung an die Aktionäre der Österreichischen Post AG erfolgt durch Investor-Relations in Übereinstimmung mit dem Österreichischen Corporate Governance Kodex sowohl über die Investor-Relations-Website (www.post.at/ir) als auch über direkte Gespräche mit den Investoren. Die veröffentlichten Informationen werden allen Investoren zeitgleich zur Verfügung gestellt. Zusätzlich zu den Pflichtpublikationen stehen den Investoren auf der Investor-Relations-Website zahlreiche weitere Informationen zur Verfügung.

5.5 Überwachung

Kernpunkt des operativen Risikomanagements bildet die Identifizierung, Evaluierung und Beherrschung von wesentlichen Risiken aus der operativen Geschäftstätigkeit. Dieser Prozess wird von Schlüsselpersonen in den Divisionen getragen. Die divisional angelegte Organisationsstruktur gliedert sich in zwei operativ tätige Divisionen sowie in unterstützende und beratende Zentral- und Serviceeinheiten.

Für den gesamten Österreichischen Post Konzern besteht ein einheitliches Risikomanagement, das alle Organisationseinheiten und wesentliche Tochtergesellschaften sowie ein internes Kontrollsystem für alle wesentlichen Prozesse einschließt. Dieses richtet sich grundsätzlich nach dem COSO Standard „Enterprise Risk Management – Integrated Framework“.

Weitere zentrale Instrumente der Risikoüberwachung und -kontrolle sind konzernweite Richtlinien über den Umgang mit wesentlichen Risiken, der Planungs- und der Controllingprozess sowie die laufende Berichterstattung. Die Richtlinien betreffen beispielsweise die Festsetzung und Kontrolle von Limit-Kategorien und Handlungsabläufen zur Begrenzung finanzieller Risiken sowie die strikte Einhaltung des Vier-Augen-Prinzips.

Diese Richtlinien sind Teil des internen Kontrollsystems und stellen unter anderem die ordnungsgemäße interne und externe Finanzberichterstattung sicher. Der Planungs- und Berichtsprozess dient als Frühwarnsystem und als Basis für die Beurteilung der Wirksamkeit der eingeleiteten Steuerungsmaßnahmen.

Das interne Kontrollsystem als Teil des Risikomanagementsystems ist risikoorientiert aufgebaut und in die Betriebsabläufe integriert. Das bedeutet, dass Maßnahmen arbeitsbegleitend erfolgen oder dem Arbeitsvollzug unmittelbar vor- oder nachgelagert sind. Das IKS basiert auf genauen Informationen über die Prozesse für die Rechnungslegung und Finanzberichterstattung und schließt auch deren vorgelagerte Unternehmensprozesse mit ein. Die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems wird regelmäßig von der Konzernrevision überprüft.



6. Informationen gemäß § 243a UGB

Das Grundkapital der Österreichischen Post AG beträgt 337.763.190 EUR und ist geteilt in 67.552.638 Stück auf Inhaber lautende Stückaktien mit einem Nominalwert von jeweils 5 EUR. Es liegen keine Stimmrechtsbeschränkungen oder Syndikatsvereinbarungen vor, die der Gesellschaft bekannt sind.

Die Republik Österreich hält über die Österreichische Industrieholding AG (ÖIAG) 52,8% der Anteile an der Österreichischen Post AG (auf Basis der in Umlauf befindlichen 67.552.638 Stück Aktien). Der Gesellschaft sind keine anderen Aktionäre bekannt, die mehr als 10% der Anteile halten.

Soweit der Gesellschaft bekannt ist, gibt es keine Inhaber von Aktien mit besonderen Kontrollrechten. Mitarbeiter, die auch Aktionäre der Österreichischen Post AG sind, üben ihre Stimmrechte individuell aus. Es existieren keine sich nicht unmittelbar aus dem Gesetz ergebenden Bestimmungen über die Ernennung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie über die Änderung der Satzung der Gesellschaft.

Derzeit besteht weder ein genehmigtes noch ein bedingtes Kapital.

Es gibt keine bedeutsamen Vereinbarungen, an denen die Gesellschaft beteiligt ist, die bei einem Kontrollwechsel in der Gesellschaft infolge eines Übernahmeangebots wirksam werden, sich wesentlich ändern oder enden. Es gibt keine Entschädigungsvereinbarungen zwischen der Gesellschaft und ihren Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern oder Arbeitnehmern für den Fall eines öffentlichen Übernahmeangebots.

Wien, am 27. Februar 2015

Der Vorstand

Dipl.-Ing. Dr. Georg Pölzl
Vorstandsvorsitzender
Generaldirektor

Dipl.-Ing. Walter Oblin
Vorstandsmitglied
Finanzen

Dipl.-Ing. Walter Hitziger
Vorstandsmitglied
Brief, Werbepost & Filialen

Dipl.-Ing. Peter Umundum
Vorstandsmitglied
Paket & Logistik

4. Bestätigungsvermerk

Tz 14 Bericht zum Jahresabschluss

Wir haben den beigefügten Jahresabschluss der Österreichische Post AG, Wien, für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2014 bis zum 31. Dezember 2014 unter Einbeziehung der Buchführung geprüft. Dieser Jahresabschluss umfasst die Bilanz zum 31. Dezember 2014, die Gewinn- und Verlustrechnung für das am 31. Dezember 2014 endende Geschäftsjahr sowie den Anhang.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und für die Buchführung

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind für die Buchführung sowie für die Aufstellung und den Inhalt des Jahresabschlusses verantwortlich, der ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften vermittelt. Diese Verantwortung beinhaltet: Gestaltung, Umsetzung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems, soweit dieses für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft von Bedeutung ist, damit dieser frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist, sei es auf Grund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern; die Auswahl und Anwendung geeigneter Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden; die Vornahme von Schätzungen, die unter Berücksichtigung der gegebenen Rahmenbedingungen angemessen erscheinen.

Verantwortung des Abschlussprüfers und Beschreibung von Art und Umfang der gesetzlichen Abschlussprüfung

Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Jahresabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung. Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, dass wir die Standesregeln einhalten und die Prüfung so planen und durchführen, dass wir uns mit hinreichender Sicherheit ein Urteil darüber bilden können, ob der Jahresabschluss frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen hinsichtlich der Beträge und sonstigen Angaben im Jahresabschluss. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Abschlussprüfers unter Berücksichtigung seiner Einschätzung des Risikos eines Auftretens wesentlicher Fehldarstellungen, sei es auf Grund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern. Bei der Vornahme dieser Risikoeinschätzung berücksichtigt der Abschlussprüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft von Bedeutung ist, um unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen geeignete Prüfungshandlungen festzulegen, nicht jedoch um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft abzugeben. Die Prüfung umfasst ferner die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und der von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass wir ausreichende und geeignete Prüfungsnachweise erlangt haben, sodass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil darstellt.

Prüfungsurteil

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss nach unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage der Österreichische Post AG zum 31. Dezember 2014 sowie der Ertragslage der Gesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2014 bis zum 31. Dezember 2014 in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung.

Aussagen zum Lagebericht

Der Lagebericht ist auf Grund der gesetzlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob die sonstigen Angaben im Lagebericht nicht eine falsche Vorstellung von der Lage der Gesellschaft erwecken. Der Bestätigungsvermerk hat auch eine Aussage darüber zu enthalten, ob der Lagebericht mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob die Angaben nach § 243a UGB zutreffen.

Der Lagebericht steht nach unserer Beurteilung in Einklang mit dem Jahresabschluss. Die Angaben gemäß § 243a UGB sind zutreffend.

Wien, am 27. Februar 2015

Deloitte Audit Wirtschaftsprüfungs GmbH
Renngasse 1/
Freyung
1010 Wien
Mag. Manfred Geritzer
Wirtschaftsprüfer
Mag. Michael Schober
Wirtschaftsprüfer

Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses mit unserem Bestätigungsvermerk darf nur in der von uns bestätigten Fassung erfolgen. Dieser Bestätigungsvermerk bezieht sich ausschließlich auf den deutschsprachigen und vollständigen Jahresabschluss samt Lagebericht. Für abweichende Fassungen sind die Vorschriften des § 281 Abs 2 UGB zu beachten.